

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fluchtspaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 32.

Dienstag, den 8. Februar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Platz an der Sonne.

Das wesentlichste aus der „Denkschrift, betreffend die Entwicklung des Kiautschau-Gebietes in der Zeit vom Oktober 1908 bis Oktober 1909“ haben wir bereits nach den Angaben der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht. Aber einige Angaben der Denkschrift wirken wie eine Aufreizung zu einer kritischen Betrachtung, wenn man sie mit solchen vergleicht, die nicht „amtlichen Charakter“ sind. Von einer solchen Betrachtung halten auch die vielen hübschen Kiautschau-Bilderchen nicht zurück, die der Denkschrift beigelegt sind, um begeisterten Kolonialpatrioten eine ganz besondere Herzenserbauung zu bereiten.

Nach der von Bethmann-Hollweg verantwortlich gezeichneten Denkschrift, die besonders durch detaillierte Zahlenangaben — gewissenhaft sind hinter den Tausenden die 3, 7, 41 und so weiter Wenige verzeichnet — zu imponieren sucht, kann es keine gesegneten Gesetze geben als die des „Pachtgebietes“ Kiautschau, das allen Tatsachen zum Hohne an einer Stelle frisch, fromm und froh — Kolonie genannt wird. Die Kiautschau-Denkschrift verriet gleich den kolonialen Denkschriften deutlich die Tendenz, alle Verhältnisse in freundlich-verlockender rosenröthlicher Beleuchtung erglänzen zu lassen. So wird gleich im ersten Satz der Denkschrift von einer „entschiedenen Besserung“ der Lage in Kiautschau gesprochen. Trotz einer längeren Trockenperiode im Frühjahr 1909 soll sich der Ernteausfall in der Provinz Schantung günstiger gestaltet haben. Aus einer ganzen Reihe von kleinen und kleinsten Tatsachen und Zeichen kommt die Denkschrift zu dem schönen Schlusse, daß die Entwicklung der Kolonie auf gesunder Grundlage aufgebaut sei. Solche Anzeichen sind natürlich nicht etwa darin zu erblicken, daß bei den 31 Besitzveränderungen früher verkaufter Grundstücke kein Reingewinn erzielt wurde; daß die Strafsachen gegen Nichtchinesen von 255 auf 336 anwachsen; daß die Gesamtzahl der Erkrankungen unter den Besatztruppen um 300 zugenommen hat (angeblich nur eine Folge einer Änderung in der Methode der Statistik!); daß die Forstdiebstähle trotz strenger Strafen zugenommen haben; daß die Versuche mit dem Anbau von Kartoffeln nicht fortgesetzt wurden; daß die Versuche mit dem Anbau von Baumwolle scheiterten, da die Baumwolle bis zum Eintritt des Frostes nicht reif wurde. Dagegen ist „in der gewerblichen Entwicklung des Schutzgebietes ein erfreulicher Aufschwung zu verzeichnen“ — weil etliche chinesische Kleingewerbetreibende zugezogen sind. Außerdem wird mit Genugtuung verzeichnet, daß die Zahl der Handwerker von 8 auf 2 zurückgegangen ist; daß 537 Badegäste die Sonnenperlen-Badekolonie heimlich suchten, und endlich, daß — die Aussichten auf Hebung der Jagd sehr günstige sind. Was schadet es groß, wenn „eine noch nicht bestimmte, bis 3,5 Zentimeter lange, graugrüne, unbefahrte Raupe mit dunklen Längsstreifen und gelbem Kopf den Ertrag bei Hirse und Mais bis zu 50 Prozent verringert“ — wenn nur die Aussichten auf Hebung der Jagd günstig sind! Kiautschau als Bad, Sommerfrische und Jagdgesilde: wer noch mehr verlangt, ist ein vaterlandsstößes Subjekt und des Namens Deutscher unwürdig.

Während sich also die Denkschrift fein säuberlich bemüht, das Pachtgebiet als verlockende Idylle zu zeichnen, klingen die Berichte anderer, die weit über dem „Verdachte“ erhaben sind, etwa sozialdemokratische Mörzler“ zu sein, etwas skeptischer.

In einem Artikel des März, „Unsere chinesische Pachtung“, weist H. Graf Schlieffen darauf hin, daß sich gegenwärtig in China eine militärische Reorganisation vollzieht, die für die deutsche Pachtung im Osten eine bedrohliche Gefahr bedeute. England hätte in Wei-hai-wei von vornherein auf Anlage jedweder strategischen Befestigungen und auf militärischen Schutz verzichtet, und seine Gesamtaufwendungen hielten sich in den bescheidenen Grenzen von 3000 bis 4000 Pfund jährlich, während der von der deutschen Regierung, also von den deutschen Steuerzahlern zu leistende Zahreszuschuß für Kiautschau 12 Millionen Mark beträgt. „Unsere Regierung sollte ernstlich mit sich zu Räte gehen, ob es wirklich der Mühe verlohnt, eine Pachtung von möglichem Umfang, die ihr nur ungeheure Opfer — bis jetzt 110 Millionen Mark! — auferlegt hat, auch weiterhin zu erhalten, und ob sie gegebenenfalls in der Lage sein wird, ein unbegrenztes Risiko der Nation gegenüber verantworten zu können.“ Schlieffen erörtert dann, daß jetzt schon die chinesische Regierung systematisch darauf hinarbeitet, die deutschen „Rechte“ einzugrenzen. Die militärischen Posten zum Schutze der Wasserentnahmestelle für

die 11 Kilometer entfernte Trinkwasserleitung mußten auf Ansuchen der chinesischen Regierung zurückgezogen werden; die 1899 verbürgte zollfreie Einfuhr von Waren in die sogenannte 50 Kilometer-Zone wurde von China seit dem 1. Januar 1906 nicht mehr gestattet, wodurch Kiautschau seinen Charakter als Freihafengebiet einbüßte; wenn auch 20 Proz. des erhöhten Einfuhrzolls vom chinesischen Seezollamt an den Reichsschatz abgeführt werden, wird dadurch doch „die beschämende Tatsache, daß das deutsche Pachtgebiet zollpolitisch bereits seit drei Jahren dem chinesischen Reich wieder einverleibt ist“, nicht entkräftet. Den Bahnpflichten der deutschen Regierung in der Provinz Schantung wurden von China andauernd solche Schwierigkeiten bereitet, daß sich das Auswärtige Amt resigniert zur Rückgabe der beiden wichtigsten Konzessionen veranlaßt sah. „Dem Aufblühen des deutschen Handels in Tjingtau ist nunmehr die Wurzel völlig abgegraben, denn die chinesische Regierung läßt unter Umgehung Tjingtaus eine Verbindung der Yangtse-Häfen mit Tientsin durch die bereits im Bau befindliche Bahnstrecke Kaijowen-Hantschufu-Hantschou-Tschingkiang herstellen. Eine weitere Folge dieser chinesischen Maßnahmen wird naturgemäß die Entwertung der deutschen Schantungbahn sein.“ Auf Grund solcher Tatsachen kommt Schlieffen zu dem Schlusse: „Eine rechtzeitige Liquidation des Kiautschau-Gebietes würde für das Deutsche Reich in jeder Hinsicht von allergrößtem Werte sein und gleichzeitig zur Abschwächung der internationalen Reibungsflächen im fernem Osten wesentlich beitragen.“

Ebenso bedenklich klingen die Angaben, die Otto Corbach, ebenfalls in einem Märzartikel, über die inneren Verhältnisse Kiautschaus macht, deren Gestaltung ihn zu einer Parallele zwischen — Kiel und Tjingtau veranlaßt. „Unser ostasiatisches Schutzgebiet wird, wie die Kieler Werft, vom Reichsmarineamt verwaltet. Kiel liegt gewissermaßen vor unserer Tür, Tjingtau weit hinten im fernsten Osten. Was in Kiel möglich war, kann doch in Tjingtau nicht unmöglich sein.“ Und Corbach führt nun eine Reihe von gar erbärmlichen Exempeln an, um zu zeigen, daß die Schlampelei nach Kieler Muster allerdings in Tjingtau „möglich“ ist. So wurde 1902 gegen den leitenden Redakteur der „Deutschasiatischen Warte“ ein Prozeß „wegen Beleidigung von Gouvernementsbeamten“ eingeleitet. Der Angeklagte erbot sich durch Drogenbezug von Anträgen zu beweisen, daß tatsächlich im Pachtgebiete, wie er behauptet hatte, „Millionen durch amtlichen Ehrgeiz und Unverstand nutzlos verschleudert“ worden seien. Die Folge war, daß der Herr Staatsanwalt mit der famosen Erklärung herausrückte, er habe sich „geirrt“. Die Sätze, die sich auf Millionenverschwendung bezögen — hätten gar nicht inkriminiert werden sollen!

Reizend ist auch folgender Fall: „In jener Zeit befand sich seit fünf Jahren an der Spitze der Bauverwaltung ein Beamter, dem die größten Fahrlässigkeiten und Mißgriffe nachgesagt wurden. Er hatte den Titel Bau- rat, aber fast alles, was unter seiner Oberleitung gebaut wurde, erwies sich als Pflasterwerk.“ Eine Brückenanlage, die Millionen kostete, hat nie dem Zwecke dienen können, für den sie bestimmt war. Eine andere Brücke purzelte während eines Sturmes zusammen. Riesige Sammelbecken für Wasser, das zur Straßenbesprengung dienen sollte, sind nie benutzt worden, trotzdem sie Unsummen kosteten; Schmutz und Urat haben sich in ihnen gesammelt.

Um so eifriger war man besorgt, sich den Eindruck der Bilderchen, die zur Verschönerung der Kiautschau-Denkschriften dienen, nicht verlassen zu lassen. Ein Kaufmann hätte die Konzession für ein an einer der Hauptstraßen zu errichtendes dreistöckiges Wohn- und Geschäftshaus erhalten. Wegen finanzieller Schwierigkeiten ließ er sein Haus zunächst nur zweistöckig mit flachem Dach ausführen. Als er nachträglich um die baupolizeiliche Genehmigung nachsuchte, erhielt er folgenden Bescheid: „Ist bis zum 31. Dezember 1903 das jetzt fehlende dritte Geschöß nebst hohem Dach . . . nicht mindestens im Rohbau fertiggestellt, so fällt, nach der Verordnung betreffend den Landerwerb . . . das Eigentum an Ihrem Grundstück dem Gouvernement zu, welches Ihnen nur die Hälfte des von dem ersten Eigentümer gezahlten Kaufpreises zurückzahlen wird.“ Baits. Corbach bemerkt noch: „Man mißte ein dickes Buch schreiben, wollte man auf die kaufmännische Unfähigkeit der Verwaltung des deutschen Schutzgebietes in Ostasien gründlich eingehen.“ Er kommt denn auch zu dem Schlusse: „Was Kiautschau anbetrifft, so wäre es natürlich am besten, wenn wir den Platz möglichst bald wieder an China abträten. Vielleicht sind die Chinesen heute noch geneigt, uns für das, was dort mit deutschen Gelde an dauernd Nützlichem geschaffen ist, einigermaßen anständig zu entschädigen. Die Millionen, die dort durch amtlichen Ehrgeiz und Unverstand nutzlos verschleudert wurden, werden sie uns aber sicher nicht ersetzen.“

Von all diesen Dingen findet man natürlich in den amtlichen Kiautschau-Denkschriften auch nicht ein Sterbenswörtlein. Dafür freut sich die letzte mit behmäntlicher Wonne der zwei Pfandhäuser, der 537 Badegäste und der günstigen Aussicht auf Hebung der Jagd . . .

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Justizetat im Dreiklassenparlament.

Vor leeren Bänken begann am Sonnabend im preussischen Abgeordnetenhaus die zweite Lesung des Etats der Justizverwaltung. Aber nicht genug, daß das Haus ungewöhnlich schwach besetzt war, es wurde auch den Rednern wenig oder gar keine Aufmerksamkeit entgegengebracht. Kein Wunder! War doch unmittelbar vor Beginn der Sitzung die Wahlrechtsvorlage eingebracht, die das Tagesgespräch der Abgeordneten bildete und das Interesse an allem anderen in den Hintergrund drängte. . . .

Die Debatte verlor sich zumeist in Einzelheiten und bot wenig Bemerkenswertes. Besonderer Erwähnung wert ist die Rede des Abg. Bölsch, eines der national-liberalen Parteimitglieder höheren Richters, der die Gründung des Richterbundes verteidigte. Aber weit entfernt davon, für die Richter das ihnen durch die Verfassung gewährleistete Recht des Zusammenstehens in Anspruch zu nehmen, schweißedelte Herr Bölsch vor der Regierung, deren Wohlwollen er durch den Hinweis darauf erbat, daß der Richterbund nichts gegen die Regierung unternehmen wolle, sondern daß er im Gegenteil gegründet sei, um die Regierung wider den Vorwurf der Klassenjustiz in Schutz zu nehmen. Also eine Schutzgarde für die Regierung! Weiter haben wir allerdings von der großen Mehrzahl der preussischen Richter nichts erwartet.

Auch der Fall der Frau Schönebeck aus Allenstein, die bekanntlich unter dem Verdacht der Anstiftung zum Gattenmord verhaftet worden, dann aber wegen angeblicher Geisteskrankheit außer Strafverfolgung gesetzt ist, wurde kurz erörtert. Wir geben ohne weiteres zu, daß die Behandlung dieses Falles durch die Gerichte eine ganz eigenartige ist. Aber es ist verfehlt, daraus den Schluß zu ziehen, den ein konservativer Redner daraus zog, der es so darstellte, als ob viel zu viel Verbrecher irrtümlicherweise für geisteskrank erklärt werden. Gerade das Gegenteil trifft zu: es werden viel zu viel offenbar Geisteskranke zu Gefängnis- und zu Zuchthausstrafen verurteilt, weil ihr Zustand nicht erkannt wird.

Im übrigen wurde, wie alljährlich, über die mangelhafte Ausbildung der Juristen, das Überhandnehmen des Schreibwerks, das mangelhafte Richterdeutsch und dergleichen geklagt. Auch wurde neben der beherzigenswerten Anregung, für Jugendliche andere als Gefängnisstrafen vorzusehen, wieder für strengere, wenn auch kürzere Freiheitsstrafen und ähnliche menschenfreundliche Vorschläge plädiert.

Der Deutsche Bauernbund,

der nach der Erledigung der Reichsfinanzreform gegründet worden ist, um dem von den ostelbischen Agrariern beherrschten Bund der Landwirte Terrain abzugewinnen, hat in Württemberg bereits so weit festen Fuß gefaßt, daß dort Sonntag ein Landesverband gegründet werden konnte, der die bestehenden Ortsgruppen zusammenfaßt.

Vom 1. April an wird der Bundesverband eine eigene, wöchentlich erscheinende Zeitung herausgeben.

Über die Wahlrechtsdemonstration in Breslau, über die wir gestern nach dem „Hbg. Corr.“ schon kurz berichtet haben, geht uns folgender Bericht zu:

Die Polizei in Breslau hatte, in der Erwartung, daß das Volk die neue Wahlrechtsvorlage nicht ruhig hinnehmen werde, für den Sonntag umfassende Vorkehrungen getroffen. Selbst Militär war bereitgehalten worden. Um 12 Uhr mittags füllte sich die Schmeidnitzerstraße, die bis dahin von der allsonntäglich dort flanierenden Bourgeoisie besetzt war, mit Arbeitermassen. In stummen und endlosen Zügen zogen die Arbeiter auf beiden Seiten auf und ab. Um 1 Uhr sollte die Demonstration ihr Ende nehmen. Die Arbeiter aus dem Norden, Westen und Osten der Stadt suchten nun auf dem nächsten Wege über den Ring nach Hause zu gelangen. Die Polizei hatte jedoch inzwischen den Ausgang der Schmeidnitzerstraße zu dem fast menschenleeren großen Ringplatz versperrt. Nun stauten sich die bis dahin beständig im Fluß gewesenen Massen, und der Straßenbahn-, Droschken- und Automobilverkehr geriet völlig ins Stocken. Die Polizei, die bis dahin ihren Latendrang zurückhalten mußte, fand jetzt den Augenblick für ein Einschreiten gekommen. Die Massen wurden in

Dienstag, den 8. Februar.

Achtung, Stuckateur und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stuckateur und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Über die Bauten der Firma Torkuhl in Räcknitz (Zwischenmeißer Müdel und Wefrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Der Sozialdemokratische Verein hielt gestern Abend im Gewerkschaftshaus seine ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Die Abrechnung von der Silvesterfeier, welche Genosse Bromme gab, schloß mit einem ansehnlichen Ueberschuß ab. Sodann wurde nach lebhafter Aussprache auf Antrag der Parteileitung beschloffen, am 22. Februar zu Ehren unseres Genossen Webel, der an diesem Tage seinen 70. Geburtstag begeht, im Gewerkschaftshaus eine würdige Parteifeier zu begeben. Der Preis der Eintrittskarte wurde auf 25 Pfg. festgesetzt. Mit den Vorarbeiten für die Feier wurde ein siebenköpfiges Komitee betraut. Darauf hielt die Genossin Schölerer einen interessanten und belehrenden Vortrag über die Landarbeiterfrage. Die Referentin zeichnete in scharfen Umrissen ein Bild von den traurigen Verhältnissen der ländlichen Arbeiter und wies nach, wie notwendig es ist, dort für Aufklärung zu sorgen. Der zur Organisation unter der ländlichen Bevölkerung bestimmte altmonatlich erscheinende „Landarbeiter“ wird unentgeltlich geliefert, und Aufgabe der Genossen ist es, ihre Freunde und Bekannten auf dem Lande darauf aufmerksam zu machen. In der Diskussion ergänzten verschiedene Genossen, die selbst als ländliche Arbeiter die traurigsten Erfahrungen gemacht hatten und die schlimmen Zustände aus eigener Anschauung kennen, das mit lebhaftem Beifall aufgenommene Referat. Im „Verschiedenen“ wurde an Stelle des Genossen Wiese, der in Rücksicht auf sein festes Arbeitsverhältnis sein Amt niederlegte, der Genosse Böcker zum Revisor gewählt. Endlich wurden noch verschiedene Anregungen aus der Mitte der Versammlung gegeben, die gegen 12 Uhr geschlossen wurde.

Jahresbericht der Ortsverwaltung Lübeck des Verbandes Deutscher Gastwirtschaftlichen für 1909. Des verfloßenen Jahre war insofern ein in mehrfacher Beziehung bedeutungsvolles, als mehrere wichtige Fragen zur Entscheidung standen und eine teilweise Klärung hierüber herbeigeführt wurde. In Betracht kommen: 1. Parteilicher Arbeitsnachweis, 2. Stellungnahme zur Entlohnung im Beruf, und dadurch beeinflusst 3. Abschluß von Tarifverträgen. In allen drei Hauptfragen wurde unsererseits die Initiative ergriffen. Wenn auch ein Erfolg ausgeblieben ist, doch der Weg gezeigt auf dem weiter fortgeschritten werden muß. Betreffs Errichtung eines parteilichen Arbeitsnachweises richteten wir selbständig eine Petition an Senat und Bürgerschaft. Der deutsche Kellnerbund und der Genfer Verband hatten ein Vorgehen mit uns abgelehnt. Dasselbe Schicksal wurde der Petition seitens des Senats bereitet und zwar ohne Angabe von Gründen. Nach Einführung der Draufsteuer und teilweiser Erhöhung der Bierpreise forderten wir in einer öffentlichen Versammlung dazu auf, die Gastwirtschaftlichen in ihrem Bestreben um Einführung einer festen Entlohnung zu unterstützen. Diese Unterstützung wurde zugesagt und eine dahin lautende Resolution einstimmig angenommen. Nach Bekanntwerden dieses Resultates erklärten beide sogenannten Nachgeschilfenvereine durch die Petition, daß sie nicht mit uns verwechelt werden möchten. Gemeint war natürlich, daß sie sich dieser Forderung nicht anschließen. Sie nahmen also einen direkt geschilfenfeindlichen Standpunkt ein. Betreffs Abschluß von Tarifverträgen hatte die Ortsverwaltung die beiden Wirtevereine schon früher zu veranlassen versucht, mit ihr in Verbindung zu treten. Man hatte jedoch nicht für nötig befunden, auf unser Ersuchen einzugehen. Erst in letzter Zeit erklärte der Verein der Gast- und Schankwirte seine Bereitwilligkeit, unsere Wünsche hierüber schriftlich entgegenzunehmen. Ein gewichtiges Bedenken, die Zersplitterung der Gehilfenschaft, suchten wir dadurch zu zerstreuen, daß wir versuchten, mit den hauptsächlich in Frage kommenden Gehilfenorganisationen, Deutscher Kellnerbund und Lübecker Aufwärttervereinigung, vorher Rührung zu nehmen, um bei Übereinstimmung der Gehilfen Einwände der Wirte entkräften zu können. Doch auch hier verlagten uns die beiden Vereinigungen ihre Unterstützung, jedoch am Jahreschluß eine vollständige Klärung über die wichtigsten Fachfragen erzielt worden ist. Diese lautet dahin: Der Verband deutscher Gastwirtschaftlichen steht in Vertretung der gerechten Forderungen der Gehilfenschaft an. Auf Unterstützung der übrigen Organisationen ist nicht zu rechnen. Die Taktik der Ortsverwaltung wird dahin gehen, die eigenen Reihen so zu stärken, daß mit dem Verband als wirtschaftlich starken Machtfaktor unbedingt gerechnet werden muß. Die innere Entwicklung der Zahlstelle hatte unter der schlechten Konjunktur der letzten Zeit zu leiden. Wenn sich auch der Mitgliederbestand auf gleicher Höhe wie im Vorjahr gehalten hat, so war doch die Arbeitslosigkeit eine bei weitem größere; ferner verringerte sich der aus den selbigen Trinkgeldeinnahmen bestehende Verdienst infolge schlechten Sommerwetters, aber auch durch die Einführung erhöhter Bierpreise, um ein ganz bedeutendes. Eine Arbeitslosenzählung im August ergab die enorm hohe Zahl von 28 arbeitslosen Mitgliedern. Auch hatten die Mitglieder von der vom Kartell arrangierten Brotverteilung im Februar ausgiebig Gebrauch gemacht. Eine den Beschlüssen betreffende verteilte Anschuldigung, welche geeignet war, die Ortsverwaltung zu diskreditieren, wurde gerichtlich als unwahr festgestellt. Die Agitation für den Verband wurde erheblich und größtenteils mit Erfolg erschwert und illusorisch gemacht durch den Terrorismus des Stellenvermittlers und Bureauchefs des Deutschen Kellnerbundes. Derselbe ist infolge seiner Beherrschung des Arbeitsmarktes im Berufe stets in der Lage, einen wirtschaftlichen Druck auf die Kollegen auszuüben, von welchem Mittel in ausgiebiger Weise Gebrauch gemacht wurde. Die Verwaltungsgehäfte wurden erledigt in 16 Vorstandssitzungen, 1 General- und 11 Mitgliederversammlungen. Außerdem fanden 2 öffentliche Versammlungen statt, in welchen einmal über die Ausdehnung der Bundesratsverordnung die Ruhezeiten betreffend, auf das Hilfspersonal, sowie die Interstellung des Gastwirtsberufes unter die Unfallversicherung referiert wurde; in der zweiten sollte das Programm des nationalen Kartells einer kritischen Beleuchtung unterzogen werden. Hier hatten es die nationalen Gelben vorgezogen, zu knirschen. Zu erwähnen ist noch der im Juli vollzogene Anschluß der Hotelbierer. Hier zeigte sich gar bald, daß es ein taktischer Fehler gewesen war, die Lübecker Hotelbierer so lange in einem Abhängigkeitsverhältnis zu Hamburg belassen zu haben, anstatt rechtzeitig eine selbständige Sektion derselben zu gründen. Nachdem einige einflussreiche Mitglieder kurz nacheinander ausgetreten, löste sich die 20 Mann starke Abteilung fast vollständig auf, da ein gewerkschaftliches Verhältnis fast gar nicht vorhanden war. Seitens des Vorstandes unserer Verwaltung ist alles versucht wor-

55 deutschen Plätzen auf Grund der Verpflegungsration des deutschen Marinesoldaten in der Weise berechnen, daß unter Reduzierung von zwei Kindern auf eine Person das Dreifache der Normalration des Marinesoldaten angelegt wird, auf 22,46 Mk. zu stehen, während sich für das Ende des Jahres ein Satz von 23,60 Mk. ergibt. Von den 55 Städten, die in die Berechnung einbezogen sind, haben allerdings nicht alle an der Preissteigerung von November auf Dezember teilgenommen, in einer ganzen Anzahl Städte ist der Kostenaufwand vielmehr gleichgeblieben, in einigen ist er sogar zurückgegangen. Umso stärker fällt natürlich die Preissteigerung in den übrigen Städten ins Gewicht. An der Spitze der Orte mit einer Verteuerung des Nahrungsmittelaufwandes im Dezember steht die Reichshauptstadt. Hier ging er von 22,95 Mk. im November auf 23,16 Mk. im Dezember hinauf. Relativ noch stärker ist der Nahrungsmittelaufwand in Allenstein in die Höhe gegangen; er betrug im Dezember 20,10 gegen 19,32 Mk. im November.

Über die Ansichten der preussischen Wahlrechtsvorlage

Schreibt der „Berliner Lokalanzeiger“ in seiner Montag-Abendnummer: „Die Wahlrechtsvorlage bildete im Abgeordnetenhaus heute in den Kreisen der Parlamentarier den Gegenstand lebhaften Meinungsaustausches. Aus dem privaten Austausch der Meinungen glaubt man bereits die Ubergewinnung gewonnen zu haben, daß das Schicksal der Vorlage in ihrer jetzigen Form schon so gut wie entschieden ist, d. h. daß sie keinerlei Aussicht auf Annahme hat. Die Mehrheit wird sich für die Einführung der geheimen Wahl aussprechen, wobei allerdings erwartet wird, daß die Nationalliberalen zu dieser Mehrheit zählen werden, was nach den Ausführungen, die kürzlich ein Mitglied dieser Fraktion gemacht hat (Schmidling) noch keineswegs sicher ist. Maßgebende Männer der Zentrums- und der Sozialdemokratischen Partei haben erklärt, daß sie gegenüber dieser Vorlage selbstverständlich an ihrer alten Forderung festhalten, wonach auch der preussische Landtag auf Grund eines geheimen Wahlrechts berufen werden soll. Erörtert wurde vielfach auch die Haltung des Herrenhauses für den Fall, daß das Abgeordnetenhaus die geheime Wahl beschließen sollte. Man neigte der Ansicht zu, daß diese Haltung wesentlich beeinflusst sein wird von der Stellung, welche die Regierung zu der im Landtag beschlossenen geheimen Wahl einnehmen dürfte.“

Die 28gliedrige Wahlrechtskommission setzt sich zusammen aus 9 Konservativen, 4 Freikonservativen, 4 Nationalliberalen, 6 Zentrumsabgeordneten, 3 Freisinnigen, 1 Polen, 1 Sozialdemokraten. Die Freikonservativen erhalten den Vorschlag.

Gekündigte Gef. gschäft.

Die schlesischen Mittelständler, die schon wiederholt recht deutlich den Konservativen die Gefolgshaft bei den kommenden Reichstagswahlen gekündigt haben, haben diese ihre Absicht auf der Vorstandskonferenz der schlesischen Mittelstands-Vereinigung noch einmal kräftig unterstrichen. Es wurde beschloffen, sich von der Vormundschaft der Konservativen gänzlich zu befreien. Dem konservativen Provinzialvorstand wurde mitgeteilt, daß es sich nach den letzten politischen Ereignissen, gemeint ist die Finanzreform, für einen gewerblichen Mittelständler gänzlich von selbst verbiete, der konservativen Partei noch weiter zu dienen. Auch wurde der konservativen Parteileitung mitgeteilt, daß man auf die Zufendung von Flugblättern von jetzt ab verzichte. Bei der nächsten Reichstagswahl will man möglichst eigene Kandidaten aufstellen.

Liberaler Reichstagskandidatur.

Die liberalen Organisationen des Reichstagswahlkreises Sena-Neustadt-Blankenhain haben den Oberlehrer Dr. Vershofen-Sena als gemeinsamen Kandidaten für die nächste Reichstagswahl aufgestellt. Man erwartet von den Nationalliberalen, daß sie die Kandidatur unterstützen werden, nachdem sie mit dem jetzigen Reichstagsabgeordneten Gutsbesitzer Paul Lehmann so glänzend Fiasko gemacht haben.

Deutsch-schwedische Handelsabmachungen.

Zwischen dem Deutschen Reich und Schweden wird demnächst ein Abkommen abgeschlossen werden, wonach der deutsch-schwedische Handelsvertrag provisorisch verlängert wird. Der Vertrag würde mit Ablauf dieses Jahres ohne weiteres erlöschen. Die Handelsvertragsverhandlungen gestalten sich dadurch etwas schwierig, weil Schweden ebenfalls zum Hochschußzollsystem übergehen will, und mit dem Abschluß eines neuen Vertrages bis zur Durchführung dieses Systems zu warten gedenkt.

Schweden.

„Der Mortimer starb euch gelegen!“ An dieses Dichterwort wird man erinnert durch eine Depesche aus London: Der schwedische Gelehrte Dr. Ekenberg, der des veruchten Nordes durch die Absendung von Bomben mit der Post an verschiedene Personen in Schweden beschuldigt wird, ist in der vergangenen Nacht an einem Schlaganfall im Gefängnis gestorben. Um während des Generalstreiks Stimmung gegen die Arbeiter zu machen, wurde durch die schwedische Bourgeois-press die Beschuldigung erhoben, von Ausländern seien Bombenattentate gegen die Führer der Unternehmer versucht worden. Tatsächlich hatten einige der Scharfmacher durch die Post Höllemaschinen erhalten, die aber kein Unheil anrichteten. Auf Drängen der Arbeiter mußte die Affäre ernstlich untersucht werden und bald wurde der nach England abgereiste, mit den Unternehmern eng verbundene Ingenieur Dr. Ekenberg als Verdächtigender der ominösen Postpakete ermittelt. Die englischen Behörden verhafteten ihn und nach langwierigen Verhandlungen wurde vor einigen Tagen vom Londoner Polizeigericht entschieden, daß Dr. Ekenberg an Schweden ausgeliefert werden sollte. Während nun die Vernehmung noch schwebte, ist der Mann im Gefängnis plötzlich gestorben — worauf die schwedischen Scharfmacher erleichtert aufatmen werden. Denn ein Prozeß gegen Dr. Ekenberg unter der Kontrolle der Öffentlichkeit hätte die Fäden ausbecken müssen, die zwischen dem „Mittäter“ und seinen „Opfern“ hin und her liefen.

Die Nebenstraßen gedrängt, deren Ausgänge gleichfalls von Polizisten besetzt waren. Lausendstimmige Hochrufe auf ein freies Wahlrecht wurden laut, und aus allen Straßen erschollen die Marschmüsse und andere Arbeiterlieder. Auf der Weidenstraße, wohin etwa 3000 Demonstranten von der Polizei gedrängt worden waren ritt eine Abteilung berittener Schutzleute unter Führung eines Leutnants im Galopp und mit gezogenen Säbeln in die Menge hinein, die auseinanderstob und auf den Bürgersteigen und in den Häusern Schutz suchte. Die Abteilung kehrte aber bald wieder um und ließ nun die Pferde auf dem Bürgersteige laufen. In der Ecke Dhlauer- und Weidenstraße wurde ein Mann durch den Säbelhieb eines Verkleideten schwer verletzt. Zahlreiche andere Personen erlitten ebenfalls Verwundungen, wenn auch nicht so gefährlicher Natur. Die Verhafteten, deren Zahl groß ist, wurden zumest an der Kette von Schutzleuten mit gezogenen Säbeln nach der Wache geführt. Alle Schuld trifft die Polizei, die den ruhigen Abzug der Massen verhinderte. Die Verhafteten wurden nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen.

Eine Deputation unserer Genossen begab sich zu dem Breslauer Abgeordneten Wagner. Der Herr Volksvertreter war gerade beim Mittagessen und hatte somit keine Zeit für Wahlrechtsfragen. Unsere Genossen sprachen um 4 Uhr nachmittags nochmals vor. Herr Wagner erklärte nun, daß er sich auf ein direktes und geheimes Wahlrecht festgelegt habe. Alles liege in der Frage beim Zentrum, und ob dieses noch für ein geheimes Wahlrecht sei. Für ein gleiches Wahlrecht könne er nicht eintreten, und ebensowenig für ein Frauenwahlrecht. Unter einem gleichen Wahlrecht bestehe die Gefahr einer sozialdemokratischen Landtagsmehrheit, und das Frauenwahlrecht bedeute lediglich eine Verdoppelung der Stimmen, von der ebenfalls wieder die Sozialdemokratie den größten Vorteil haben würde.

Konservative Mäntungen.

In einem Artikel der „Kreuzzeitung“ wird die Frage erörtert, wie die konservativen Ansichten mehr als jeher in fernstehende Bevölkerungsschichten getragen werden könnten. Der Plan geht dahin, in die kleinere Presse, die heute zumest auf liberalem Boden steht, konservative Artikel zu lancieren. Springen auf diese Weise Abonnenten ab, so sollen die entsprechenden Anzahl Exemplare von konservativer Seite abonniert werden. Dadurch hofft man Redakteuren und Verlegern den Rücken zu stärken. Mit Rücksicht auf die kleine Presse soll außerdem die „Konserv. Corresp.“ reichhaltiger gestaltet werden. Ferner werden die konservativen Parteifreunde gebeten, jeder Verdächtigung der konservativen Partei in der Lokalpresse durch Einfendungen entgegenzutreten.

Koloniales Gründungsieber.

Das von den Ältesten der Berliner Kaufmannschaft herausgegebene neueste Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie enthält auch eine Übersicht über die Neugründungen von Kolonialgesellschaften in den Jahren 1907 bis 1909. Am bedeutendsten war danach die Zahl der im Jahre 1909 für Deutsch-Südwestafrika a gegründeten Gesellschaften. Von etwa 80 neuen Unternehmungen haben zirka 70 den Bergbau und die Gewinnung von Diamanten zum Gegenstand. Mit den Gründungen des Jahres 1908 wächst ihre Zahl auf über 80. Der Sitz der Gesellschaften ist zumest Lüderitzbucht oder Swakopmund. Die Gesamtzahl der Gründungen in Deutsch-Südwestafrika beträgt für 1907 bis 1909 zirka 130 gegen 46 in Deutsch-Ostafrika. Hier weist das Jahr 1908 mit etwa 23 die meisten Gründungen auf. Der angegebene Gegenstand der Unternehmungen ist hier hauptsächlich der Plantagenbau. In allen andern Kolonien ist die Zahl der Neugründungen nur sehr gering. Für alle Kolonien zusammen beträgt die Zahl der in den letzten drei Jahren ins Leben gerufenen Gesellschaften etwa 200.

Der Weizen der Ernter ist demnach unter der Ägide Vernburgs prächtig in die Halme geschossen. Die Börsenjobber und Bankmagnaten machen glänzende Geschäfte, während die kleinen und mittleren Kapitalbesitzer, die sich von ihren Rattenfängerliedern einsperren lassen, zu guter Letzt das Nachsehen haben werden. Auf jeden Fall aber sind die „guten Erfolge“ der Spekulationen ein Grund mehr, um neue Millionen und aber Millionen für koloniale und maritime Zwecke zu verpulvern.

Der Kampf gegen die Schiffsabgaben.

Im Herzogtum Meiningen sollen gegen die Schiffsabgaben, für die die Staatsregierung im Bundesrat stimmte, Massenproteste veranlaßt werden. Sämtliche Handelskammern des Herzogtums nehmen bereits gegen die Schiffsabgaben Stellung. — Von den thüringischen Staaten stimmten bei den Bundesratsverhandlungen über die Schiffsabgaben nur die beiden Keuz mit Hessen, Sachsen und Baden gegen die preussischen Pläne, und brachten dadurch die Stimmen der Gegner auf zwölf.

Nach einer Wiener Meldung der „Frankfurter Zig.“ besteht bei der österreichischen Regierung nicht die geringste Neigung, sich dem preussischen Diktat zu unterwerfen. Es könne und müsse aber schon jetzt ausgesprochen werden, daß die preussische Rücksichtslosigkeit keineswegs ohne wesentliche und gerade die deutschen Reichsinteressen schädigende Wirkungen bleiben werde.

Zu den Bundesratsbeschlüssen wird noch mitgeteilt, daß bei der weiteren Beratung der Vorlage versucht werden soll, dem abweichenden Standpunkt von Sachsen, Baden und Hessen weitgehend entgegenzukommen, um unter Wahrung des ganzen Prinzips eine mögliche Übereinstimmung über die Einzelheiten zu erzielen. Die Arbeiten in den Ausschüssen des Bundesrats werden demnach wieder aufgenommen.

Verteuerung der Lebenshaltung.

Der Preis für Schweinefleisch ist allmählich auf einer Höhe angelangt, die den Konsum ungewöhnlich belastet. Heute kostet Schweinefleisch durchschnittlich 1,75 Mk. pro Kilogramm, während Rindfleisch nur 1,37 Mk. kostet. Im Laufe des Jahres 1909 hat Schweinefleisch eine Preissteigerung von annähernd 10 Proz. durchlaufen. Zu Beginn des Jahres 1909 kam der Nahrungsmittelaufwand für eine vierköpfige Familie, den wir im Durchschnitt von

WEISSE WOCHE

Von Sonntag, den 6. Februar
bis Sonnabend, 12. Februar.

Seit langer Zeit habe ich den Einkauf in weissen Waren aller Art für diesen Extra-Verkauf vorbereitet, um aussergewöhnlich vorteilhafte Angebote bringen zu können. Es lohnt sich, den Bedarf auf längere Zeit hinaus in grösseren Mengen zu decken, da in nächster Zeit Preiserhöhungen für Baumwollwaren unausbleiblich sind.

Damen-Wäsche.

Damen-Taghemd Vorderschluss mit Spitze	0.92
Vorderschluss mit Hohlnahtbesatz	1.15
Achselschluss mit Stickerei und Einsatz	1.45
Reformschnitt mit imitiert. Teneriffastickerei	1.75
Reformschnitt mit Stickerei und Einsatz	2.25
Damen-Nachthemd m. Hohlnahtbes. u. Umlegkr.	2.60
mit Stickerei und Banddurchzug	3.75
mit Stickerei und Einsatz, viereck. Ausschnitt	4.25
Damen-Beinkleid mit Stickerei	0.92
Knieform mit Stickerei und Einsatzecke	1.35
mit Handlanguette	1.70
mit eleganter Stickerei und Einsatz	2.20
Damen-Nachtjacke Croise mit Hohlnahtbes.	1.15
schwerer Pique mit Spitze	1.55
Croise mit Stickereijabot	2.00
Damen-Anstandsrock Croise m. Cordellang.	1.10
schwerer Pique mit Languette	1.70
Croise mit Languette und Hohlraum	3.00
Weisse Unterröcke mit Stickerei und Einsatz	3.50
mit breitem Schweizer-Stickereivolant	5.00
mit Stickerei-Einsätzen und Säumchen	7.50
Unterfalle mit breiter Stickerei und Banddurchz.	0.95
mit Stickerei, Hohlraum und Banddurchzug	1.05
mit breiter Stickerei und Rückengarnitur	1.40
Herren-Taghemd Hemdentuch, mit 2 Falten	1.40
Hemdentuch, mit Säumchen	1.95
Renforce, mit Säumchen	3.10

Weisse Korsetts.

Damen-Bandmieder Pariser Form	0.98
Damen-Korsett weiss Batist, Direktoreiform	1.95
Damen-Korsett Decolte-Frackf., weiss Drell	2.75
Damen-Korsett eleg. Empiref. m. 2 Strumpfh.	4.50
Damen-Büstenhalter weiss, porös	2.50
Backfisch-Reformkorsett weiss Drell	1.95

Weisse Schürzen.

Hausschürze mit Stickerei und Trägern	0.95
Miederschürze mit Trägern und Stickerei	1.55
Halbreformschürze m. Stickerei u. Ringsvol.	1.95
Tändelschürze mit Stickerei und Ringsvolant	0.58
Tändelschürze mit Trägern u. Stickereivolant	0.90

Tischzeuge.

Drell-Tischtücher				Servietten
110×130	130×135	135×165	60×60	
0.95	1.25	1.85	1/2 Dtz. 1.80	
Reinleinen Drell-Tischtücher			Servietten	
130×130	130×165	130×225	60×60	
2.50	3.20	4.40	1/2 Dtz. 3.50	
Halbleinen Jacqu.-Tischtücher			Servietten	
115×125	130×165	130×200	160×230	60×60
1.70	2.70	3.20	4.75	1/2 Dtz. 2.65
Reinleinen Jacqu.-Tischtücher			Servietten	
115×150	130×200	150×230	150×300	60×60
2.75	4.50	6.00	7.75	1/2 Dtz. 3.75

Für Leibwäsche sehr zu empfehlen:

Prima Elsässer Hemdentuch

Kupon enthaltend 10 m Mk. **4.50** Kupon enthaltend 15 m Mk. **6.75**

Prima Elsässer Renforce

Kupon enthaltend 10 m Mk. **5.80** Kupon enthaltend 15 m Mk. **8.70**

Gardinen.

Relief-Tüll-Gardinen Meter 62 55	42 Pf.
Swiss-Gardinen ap. Muster, 130 cm br. Meter	72 Pf.
Kreuztüll-Gardinen besonders haltbar Meter	80 Pf.
Relieftüll-Gardinen abgepasst . . . Fenster	2.50
Swiss-Gardinen abgepasst Fenster	5.00
Kreuztüll-Gardinen abgepasst . . . Fenster	5.50
Erbstüll-Gardinen m. Bändchenarb. Fenster	8.00
Erbstüll-Gardinen schwere Qualit. Fenster	10.50

Weisse Kleiderstoffe.

Elfenbein-Wollbatist 90 cm breit . . . Meter	95 Pf.
Elfenbein-Cachemir 90 cm breit . . . Meter	1.30
Elfenb.-Diagonal-Cheviot 90 cm br. Meter	1.15
Elfenbein-Alpacca , 90 cm breit . . . Meter	1.30

Handtücher.

Gerstenkorn-Handtücher mit roter Kante . Grösse 48×110 cm, 1/2 Dtz.	1.85
Gerstenkorn-Handtücher weiss Grösse 48×110 cm, 1/2 Dtz.	2.90
Weisse Drell-Handtücher gesäumt u. gebänd. Grösse 48×110 cm, 1/2 Dtz.	2.10
Jacquard-Handtücher gesäumt u. gebänd. Grösse 48×110 cm, 1/2 Dtz.	2.90
Reinleinen Jacquard-Handtücher gesäumt u. gebänd. Grösse 50×110 cm, 1/2 Dtz.	4.25

Weisse Blusen.

Weisse Batistbluse mit Sticker, Valenciennes mit Säumchen, neuer Aermel	3.00
Batist-Hemdbluse Vordertheil 4mal, Stickerei und Stickerei-Kragen und Manschetten	3.50
Batist-Bluse ganz aus Madeirasstoff m. Stickereieinsatz und Valenciennes, neuer Aermel	6.00
Tüllbluse aus gestreiftem Tüll mit Passe	2.95
Tüllbluse aus gemustertem Tüllstoff, ganz mit Seide gefüttert	6.00
Wollbatist-Bluse mit Spitzeneinsätzen, ganz auf Futter gearbeitet	2.75
Hemdbluse Wollbatist, Vordertheil mit Fällchen, ganz auf Futter gearbeitet	7.50

Konf. Weisswaren.

Weisse Bäffchen aparte Dessins . . . Stück	45 Pf.
Weisse Jabots mit Kragen Stück	95 Pf.
Weisse Waschgürtel Stück	65 Pf.
Weisse Halsrüschen abgepasst Stück	10 Pf.
Weisse Halsrüschen Meter	25 Pf.
Weisse Haarbänder Stück	34, 22, 18 Pf.

Weisse Damen-Kragen zum Aussuchen 6 Stück **95 Pf.**

Während der weissen Woche — Soweit der Vorrat reicht ca.

800 Pfund weisse Bettfedern ganz besonders füllkräftig, weiss und daunig Pfund **2.65** und **3.45**

RUDOLPH KARSTADT.

Die neue Wahlrechtsvorlage

Ist dem preussischen Abgeordnetenhaus am Sonnabend vor- mittag zugegangen. Es bekräftigt sich, daß sie eine stunda- läufige Entrechtung der breiten Masse des Volkes bedeutet. Das Gesetz besteht aus vier Artikeln. Der erste Artikel bestimmt die Aufhebung der Artikel 70, 71, 72 und 74, Absatz 1 der Verfassung. Der zweite Artikel enthält in 27 Paragraphen die einzelnen Vorschriften des Wahl- gesetzes. Der dritte Artikel besagt, daß der Artikel 115 der Verfassung außer Kraft gesetzt wird, und der vierte Artikel endlich enthält die Übergangsbestimmung, wonach bei einzelnen Neuwahlen, die vor der nächsten, nach In- krafttreten des neuen Gesetzes stattfindenden allgemeinen Wahl erforderlich werden, die bisherigen Vorschriften zur Anwendung kommen.

Aus Artikel II des Entwurfes seien noch folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Nach § 3 kann Abgeordneter werden: jeder Preuße, der das dreißigste Lebensjahr vollendet hat und min- destens ein Jahr (bisher drei) preussischer Staatsange- höriger ist.

Im § 5 wird bestimmt, daß jede Gemeinde (Guts- bezirk) in der Regel einen Stimmbezirk für sich bilden soll. Gemeinden mit weniger als 750 Einwohnern werden von dem Landrat mit benachbarten Gemeinden zu einem Bezirk vereinigt. Gemeinden mit mehr als 3500 Ein- wohnern werden in Stimmbezirke geteilt.

Das Aufsteigen in die nächst höheren Klassen erfolgt auf Grund der §§ 8 bis 10, die fol- genden Wortlaut haben.

§ 8.

Aus der nach §§ 6, 7 gebildeten Abteilung, der sie nach ihrer Steuerleistung zugehören, der nächst höheren Abteilung zugewiesen, werden Wähler der zweiten und dritten Abteilung, die entweder:

1. vor wenigstens 10 Jahren vor einer akademischen deutschen Behörde oder einer staatlichen oder kirchlichen Behörde in Preußen eine Prüfung bestanden haben, zu deren Ablegung ein wenigstens dreijähriges Studium auf einer Universität oder einer sonstigen deutschen höheren akademischen Lehranstalt erforderlich ist, oder

2. dem Deutschen Reichstag oder dem preussischen Landtag als Mitglieder angehören oder wenigstens zehn Jahre angehört haben, oder

3. gewählte Mitglieder eines preussischen Provinzial- rates, Provinzialausschusses, Landesauschusses, Bezirks- ausschusses, Kreis- oder Stadtausschusses, oder unbesoldete Mitglieder des Magistrats oder unbesoldete Beigeordnete eines Stadtkreises sind oder wenigstens 10 Jahre gewesen sind oder

4. dem deutschen Heere oder der kaiserlichen Marine als aktive Offiziere wenigstens 10 Jahre angehört haben und entweder zur Disposition gestellt oder zu den Offi- zieren des Beurlaubtenstandes überführt sind oder den Ab- schied bewilligt erhalten haben.

Durch die Wahlordnung (§ 27) wird bestimmt, welche deutschen Anstalten als höhere akademische Lehranstalten im Sinne des Absatz 1 Nr. 1 zu gelten haben.

§ 9.

Der nach §§ 6, 7 gebildeten zweiten Abteilung wer- den die nach ihrer Steuerleistung in die dritte Abteilung fallenden Wähler zugewiesen, die im unbesoldeten Ehren- amte:

1. Vorsteher, Beigeordnete oder sonstige Mitglieder des Magistrats einer kreisangehörigen Stadt oder des Gemeindevorstandes einer ländlichen Gemeinde oder

Gutsvorsteher sind oder wenigstens zehn Jahre ge- wesen sind.

2. Bürgermeister einer rheinischen Landbürgermeisterei, Amtmänner eines westfälischen Amtes, Amtsvorsteher oder Stellvertreter (Beigeordnete) dieser Ehrenbeamten sind oder wenigstens zehn Jahre gewesen sind.

§ 10.

Der nach §§ 6, 7 gebildeten zweiten Abteilung wer- den ferner die nach ihrer Steuerleistung in die dritte Ab- teilung fallenden Wähler zugewiesen, die mit einem Ein- kommen von mehr als 1800 Mk. zur Staatseinkommen- steuer veranlagt sind und entweder:

1. seit wenigstens 15 Jahren sich im Besitze der wissen- schaftlichen Befähigung zum Einjährig-Freiwilligen-Militär- dienste befinden, oder

2. seit wenigstens 5 Jahren ununterbrochen die Be- rechtigung zur Anstellung im Zivildienste auf Grund wen- igstens zwölfjähriger militärischen oder diesem gleichgestell- ten Dienstes oder die Berechtigung zur Anstellung im Forst- dienste besitzen.

Der Seniorenkonvent des preussischen Abgeordneten- hauses hat beschlossen, daß die Wahlrechtsvorlage am Don- nerstag in erster Lesung zur Verhandlung kommen und dann einer 28gliedrigen Kommission überwiesen werden soll. Die Sozialdemokratie erhält einen Sitz in der Kom- mission.

Aus der Partei.

Positive Arbeit. Im Meininger Landtag hat die so- zialdemokratische Fraktion folgenden Antrag eingebracht: 1. Der Landtag wolle beschließen: Vom 1. Januar 1911 ab sind nur noch 50 Proz. der Grund- und Gebäude- steuer für Staat und Gemeinden zu erheben; dagegen soll von Staat und Gemeinden eine Vermögenssteuer nach folgender Skala erhoben werden:

Für Vermögen von	Steuerjahre pro 1000 Mk. Vermögen
6 000 bis 10 000 Mk.	0,50 Mk.
10 000 " 20 000 "	0,60 "
20 000 " 40 000 "	0,70 "
40 000 " 60 000 "	0,80 "
60 000 " 80 000 "	0,90 "
80 000 " 100 000 "	1,00 "
100 000 " 150 000 "	1,10 "
150 000 " 200 000 "	1,20 "
200 000 " 300 000 "	1,30 "
300 000 " 400 000 "	1,40 "
400 000 " und mehr "	1,50 "

Die Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer fordert unsere Fraktion, weil diese Steuer eine Doppelbesteuerung und deshalb eine ungerechte ist. Mit dem Antrag soll die Auf- hebung eingeleitet werden. Da außer unseren Genossen auch die Agrarier für Aufhebung der Grund- und Gebäude- steuer eintreten, dürfte der Antrag angenommen werden. Der hierdurch bedingte Einnahmeausfall soll durch Ver- mögenssteuer Deckung finden. Auch die Regierung tritt zur Deckung der durch die Beamteneinkaufserhöhungen nötigen Mehrausgaben für eine Vermögenssteuer von 50 Pfg. pro 1000 Mark Vermögen ein. Um auch den Gemeinden von den vielfach unerträglich hohen Schuldenlasten eine Erleichterung zu gewähren, hat unsere Fraktion beantragt, daß die ver- schiedenen Aufwendungen für die Lehrkräfte an den Volks- schulen auf die Staatskasse übernommen werden.

Soziales.

Ostmärkisches Wohnungselend. Geradezu gräßliche Zustände von dem Wohnungselend in Bosen, insbesondere dem Schlafstellenwesen, hat eine Ermittlung zutage geför-

bert, die ein bekannter Boserer Philanthrop, der frühere Stadtschulrat Kadanski mit Hilfe der behördlichen Organe, wie Lehrer, Schwestern usw. vornahm. Folgende Fragen wurden gestellt und wie folgt beantwortet:

1. Wohnen Schlafgänger bei bestraften und sittlich be- scholtenen Leuten? Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit „Ja“!

2. Schlafen Einlieger zusammen mit den sie beherbergenden Familienmitgliedern? Ant- wort: Alle Vertrauenspersonen mit „ja“, „sehr oft“, „meistenteils“!

3. Sind Witwen und sonstige weibliche Personen ge- nügend getrennt? Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit „nein“, „wohl niemals genügend“, „oft nur durch Vorhang“!

4. Sind weibliche Einlieger hinreichend getrennt? Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit „nein“!

5. Beherbergt eine Familie gleichzeitig männ- liche und weibliche Schlafgänger? Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit „ja“, „sehr oft“, „nicht er- fahren“!

6. Schlafen mehrere Einlieger in einem Bett zu- sammen? Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit „ja“, „kommt vor“!

7. Entfallen auf jeden Schlafgänger zehn Kubikmeter Luftraum? Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit „nein“, „oft auf drei Personen noch nicht“!

8. Welche Folgen zeitigt dieser Zustand? Antwort: Alle Vertrauenspersonen „Unsitlichkeit“, „Sitte und Moral wer- den in den Staub getreten“, „Zunahme der unehelichen Kinder und Geschlechtskrankheiten“, „Fast jede un- eheliche Mutterschaft der Witwe ist hierauf zurückzu- führen“!

Diese Angaben von meist im behördlichen Verhältnis stehenden Leuten reden eine furchtbare Sprache. Es kommt aber noch ärger. Eine Schwester berichtet, daß zwischen den schulpflichtigen Kindern des Quartiergebers und den männlichen Einliegern die schmutzigsten Sachen vorkommen. In einer gewöhnlichen Stube, die gleichzeitig als Küche dient, haufen zwölf Personen, darunter vier Einlieger beider- lei Geschlechts, die alle zusammen in vier Betten schlafen. Auch wird konstatiert, daß Schlaf- burschen vielfach ihre Lagerstätten mit den Kindern der Vermieter teilen. Und so geht es weiter. Haarsträubende Zustände werden aufgedeckt. Dabei ist nicht zu vergessen, daß dieses Resultat von einem Stadt- schulrat und einer städtischen Schwester ermittelt wurde. Das ist die ostmärkische Kultur, für die ungeheure Summen verschwendet wurden. Das Schlafstellenwesen hat sich in den letzten fünf Jahren in Bosen dazu noch erheblich ver- schlechert. Mit dem Gelde der Steuerzahler hat man in Bosen ein prächtiges Schloss errichtet, das viele Millionen kostet. Prachtvolle Staatsbauten sind überall entstanden, aber für das in seinem Elend verkommene Proletariat ist nichts geschehen.

Kapitalistische „Wohlfahrt“. Interessierte und düpierte Kreise gehen gern und viel mit den „Musteranrichtungen“ der Kanonenfirma Krupp hausieren, obgleich diese abernen und der Wahrheit direkt ins Gesicht schlagenden Lobes- hymnen schon häufig und gründlich genug auf ihren wahren Wert zurückgeführt worden sind. Soeben führt nun die Kruppische Friedrich-Alfred-Stütte in Rhein- hausen der Arbeiterschaft wieder ihre „Arbeiterfreundliche- keit“ auf folgende drastische Art zu Gemüte. Den Arbeitern der Abteilung „Koferei“ wurde eine Lohnreduktion in Aussicht gestellt (angeblich bis zu 20 Proz.), doch wurde etwas Bestimmtes nicht mitgeteilt. Erst vor einiger Zeit war der Fabrikabteilung auf ähnliche Weise eine Lohnreduktion beschied. Da nun aber die Kofearbeiter die Lohn- reduktion nicht so ohne weiteres einstecken wollten, so wählten sie eine Kommission von 4 Mann, die darauf beim Be- triebsschef vorstellig wurde. Dieser hörte zunächst die Leute an, bat sich eine Viertelstunde Bedenkzeit aus und ließ die Deputierten sitzen. Dagegen ging er selbst

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland. Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän G. von Sarau.

(8. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Hör, Mjadel“, sagte er endlich; „ich meine, Du mußt Dich nach einem anderen Dienstmädchen umsehen.“

„Nein!“ rief Mjadel und stampfte auf den Boden, daß es dröhnte.

„Nun, nun, nur nicht gleich so wütend!“ versetzte der Ältermann.

Während sie aßen bat Mjadel den Ältermann, einen Brief an Christine zu schreiben. Weil aber im ganzen Hause nichts zu finden war, womit man hätte schreiben können, wurden sie darüber einig, daß der Ältermann bei sich zu Hause den Brief schreiben und ihn dann vorlesen sollte.

„Was soll aber darin stehen?“

„Nichts von dem Heutigen“, antwortete Mjadel.

„Nein, nein, das ist auch nicht nötig, aber —“

„Es soll darin stehen, daß sie mir nicht gram und auch nicht meinetwegen in Sorge sein soll; mir geht es gut — sehr gut, kannst Du schreiben, mir fehlt nichts.“

„Ich schreibe weiter, daß Du alles gut allein be- sorgen kannst und sie nicht vermissst —“ sagte der Älter- mann.

„Ich ja, Gott bessere es! Wohl vermissst ich sie, das kannst Du schon sagen“, meinte Mjadel, indem er sich un- ruhig hin und her bewegte.

„Dann wird sie aber ganz außer sich werden, wenn sie hört, daß Du sie so schwer entbehrest.“

„Nein, dann muß nichts davon im Briefe stehen“, sprach Mjadel eifrig; „schreib — doch Du mußt es selbst am besten wissen, Ältermann, Du hast es ja gelernt. Aber schreibe so, daß Christine froh wird; mit mir kanns einerlei sein.“

„Wäre es nicht am besten, auch einen Brief an Deinen Bruder zu schreiben, er solle gut gegen sie sein; Bezahlung soll er haben, wenn er's verlangt!“

„Das kannst Du Dir doch denken, daß er Bezahlung will.“

„Andreas steht sich gut“, erwiderte Mjadel, „das ist ein Bursch, der in der Welt vorwärts gekommen ist. Ja, die Mutter mußte wohl, was sie sagte. Du, Mjadel, sagte sie, bist ein großer Lämmler; aber der Andreas ist so fein wie ein Hermelin.“

„Warum übernahm er denn aber nicht den Hof Deines Vaters, da er doch der Älteste war?“

„Weil er wollte, daß ich ihn haben sollte.“

„Er mußte wohl, was er tat. Dein Herr Bruder; er ließ Dich mit dem lumpigen Hofe sitzen und machte sich selbst davon mit dem Gelde“, meinte der Ältermann.

„Du mußt nichts Ables von dem Andreas reden“, ver- setzte Mjadel, „er war ein gescheiter Bursche. Ich erinnere mich noch so deutlich, wie wir für die Mutter droben von der Höhe Heidekraut holten. Andreas war so unbegreiflich ge- schickt darin, das Kraut zurecht zu legen.“

„Aber Du trugst es nach Hause?“

„Nun, natürlich trug ich es, weil ich eben der Stärkere war.“

„Was ist der Andreas eigentlich dort in der Stadt?“

fragte der Ältermann.

„Er ist mit dabei bei etwas Großem, ich kann aber nicht darauf kommen, wie es heißt.“ Und Mjadel begann im Schrank nach einem alten Briefe vom Bruder zu suchen.

Die Klinke an der Hintertür ward vorsichtig bewegt, und man hörte darauf jemand durch die Küche tappen. Es war schon ziemlich dunkel in dem trüben Wetter; nur im Nord- osten lag ein heller Streifen am Horizont und warf einen gelbroten Schein in die Stube.

Als Mjadel sah, daß es Jören Börvig sei, der nun hin- eintrat, schlug er den Schrank zu und sagte hart: „Du kommst wohl, um zu sehen, ob das Haus gereinigt ist? Sieh nur gut nach in den Betten, ob Du noch weiteres Ärgeris aufspüren kannst. Du —“

„Der Gerechtigkeit muß genügt werden“, antwortete Sören sanft, „und ich will Dich eindringlich ermahnen, Mjadel —“

„Was willst Du von mir?“ unterbrach ihn der andere.

Sören wagte nicht zu behaupten, daß er ausschließlich bekommen wäre, um Mjadel eine Ermahnungsrede zu halten, obgleich er der Gehilfe des Bedrängten war; er entschloß sich daher, gegen seine Gewohnheit, gerade auf die Sache loszu- gehen.

„Ich habe mit dem Rechtsanwalt Lofte gesprochen“, be- gann er.

„Vom Sectang am Strande?“

„Ja, auch davon. Er meinte, es ginge nicht an, daß ich keinen Rang erhalte; es könnte — könnte —“

„Könnte vielleicht Ärgeris erregen?“ fragte der Älter- mann laut. Er stand in der Ofenecke und machte sich mit seiner Pfeife zu schaffen.

„Nein, Ältermann, das war's nicht; er meinte, es könnte zweifelhaft genug sein mit dem Graben.“

„Ich habe meinen Kaufbrief“, versetzte Mjadel.

„Ja, ja, den hast Du —“. Sören ging auf die Türe zu.

„Ich kam bloß, um Dir dies zu sagen; nun können wir denn anfangen.“

„Anfangen?“ fragte der Ältermann.

„Zunächst! Die Sache anfangen.“

„Prozeß?“ rief der Ältermann und trat näher. „Da- rauf solltest Du Dich zweimal bedenken, Mjadel; ich kenne Leute, die sich für weniger als das von Haus und Hof prozessiert haben und mancher brave Mann liegt in der Erde, den der Rechtsanwalt Lofte vor der Zeit ins Grab gelegt hat.“

„Du solltest nicht so von Deinen Nächsten reden. Lofte- Ältermann! Übrigens meinte der Anwalt, es könne ein langer Prozeß werden.“

„Ich ziehe gleichwohl meinen Graben“, sagte Mjadel.

„Das tußt Du doch wohl nicht, Mjadel, wenn der Bogt hier gewesen ist und ein Verbot dagegen er- hoden hat.“

„Ein Verbot?“

„Ja, siehst Du“, antwortete Sören, „dann mußt Du warten, bis ein Urteil in der Sache gefällt ist.“

Mjadel schritt durchs Zimmer, hob einen Stuhl zur Seite und blickte unerschrocken auf den Ältermann; zuletzt aber kam er auf den Hauptpunkt zurück: „Ich habe den Kaufbrief vom Bischof in Christiansand.“ Sprach er mit entschiedenem Tone und schlug die eine Hand in die andere.

„Du könntest doch beim Bischof anfragen, Mjadel, wie es mit der Langgerechtigkeit steht.“ sagte Sören freundlich und sah ihn von der Seite an.

„Das wäre gar nicht so übel, Sören“, brummte der Ältermann, „das könnte doch nicht so teuer werden.“

„Oder es wäre vielleicht noch besser, den König zu

zur Kotelerei und teilte der Arbeiterschaft kurzerhand mit: "Wer in einer Viertelstunde nicht an seiner Arbeit ist, den jage ich zum Teufel!" Sprach es und machte wieder kehrt. Und als nun die Arbeiter trotzdem nicht an ihre Arbeit gingen, und den Bescheid der Kommission abwarten wollten, wurden sie kurzerhand mit der Feuerwehrr vom Plage getrieben, nachdem man ihnen an dem verdienten Lohne noch einen Wochenlohn gekürzt hatte wegen — Kontraktbruch! Die Kommission wurde gar nicht mehr vor, dafür aber ebenfalls entlassen. Anderen Tages war die Abstellung — etwa 80 Mann — mit aus dem übrigen Betriebe zusammengeführten Leuten besetzt. Und für die "Wohlfahrtsfirma" ist der Fall erledigt. Ein Teil der so plötzlich hinausgeführten hatte Werkshauswohnungen inne. Noch am Abend desselben Tages wurden sie aus den Wohnungen getrieben. Die Leute wandten sich an die Bürgermeisterei in Rheinhausen. Der Bürgermeister setzte sich telephonisch mit der allmächtigen Firma in Verbindung, erreichte aber nur, daß er auf das Fabrikatutur verwiesen wurde, worin es heißt, daß mit dem Tage des Austritts aus der Arbeit auch die Wohnungen geräumt werden müssen. Da die Polizei nicht genügend Räume für Unterbringung der Obdachlosen hatte, so wurden diese von ortskundigen Arbeitern nach Duisburg geleitet und dort für die Nacht untergebracht. Die Leute sind um so übler daran, als sie der Organisation bis auf einen geringen Bruchteil fernstehen. Trotz solcher Schulbeispiele gibt es immer noch eine Anzahl wunderlicher Schwärmer, die in der kruppeligen Wohnungsspekulation eine "Wohlfahrtsrichtung" sehen!

Einwanderungsverbot in Kanada. Der kanadische Minister des Innern hat soeben dem Parlamente ein Gesetz vorgelegt, das die Einwanderung von Massen, die infolge ihres Temperamentes oder Konstitution als für das Klima und die Verhältnisse Kanadas ungeeignet erscheinen, oder von Massen-Einwanderern, die durch ihre Zahl eine Gefahr für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes sein könnten, direkt verbietet. Das Gesetz richtet sich hauptsächlich gegen Asiaten, doch enthält es auch sonst verschärfte Maßregeln gegen die Einwanderung aus Europa. Die Annahme der Vorlage ist, wenn nicht gar noch in schärferer Form, so gut wie sicher.

Gewerkschaftsbewegung.

Mansfeld vor dem Schwurgericht. Am Mittwoch beginnt vor dem Schwurgericht in Halle der Landfriedensbruchprozess gegen 15 Angeklagte aus dem Mansfelder Streikgebiet, die beschuldigt werden, am 21. Oktober, dem Tage vor dem Eintreffen des Militärs in Mansfeld, an einer Zusammenrottung teilgenommen und Gewalttätigkeiten gegen Personen verübt zu haben. (Verbrechen und Vergehen, die unter den Landfriedensbruchparagrafen (125) fallen). Zur Verhandlung sind 61 Zeugen geladen, darunter eine große Anzahl Gendarmen, Wertsbekanntes usw. Unter den Angeklagten befindet sich eine Frau. — Die Anklageschrift gibt zu, daß die Streikenden sich anfangs durchaus ruhig verhalten haben, erst am 20. Oktober hätten die "Unruhen" begonnen. Schon damals waren zahlreiche Gendarmen und Polizeikräfte im Streikgebiet konzentriert. Es ist zu bemerken, daß in den Tagen nach den angeblichen Unruhen nirgendwo etwas bekannt wurde, erst später, als der Aufruf zum Militäraufgebot mit seinen Maschinengewehren verteidigt werden mußte, wurden sich die Vorfälle zu "schlimmen Ausschreitungen" aus, wie die Anklageschrift sagt. Natürlich wird auch die Kaltblütigkeit und Ruhe der Polizisten und Gendarmen gelobt, denen es trotz der angeblich auf 1000 Teilnehmer angewachsenen Menge gelang, die "Arbeitswilligen" zu "schlagen". Verschiedenen Arbeitswilligen kamen "Gerichte" zu Ohren, wonach am 21. Oktober gewaltsam gegen sie vorgegangen werden sollte, weshalb einige ihre Waffen mitgenommen haben sollen. Ein Arbeitswilliger zog denn auch am Nachmittag wirklich einen Dolch. Von dem provokatorischen Auftreten dieser Leute, die zum Teil wortbrüchig geworden waren, sagte die Anklageschrift nichts. Dagegen muß sie zugeben, daß unter den Menschenmassen (Getriebenen, der Schaulap des Landfriedensbruchs, hat im ganzen zwischen 9000 und 10000 Einwohner) sehr viele Frauen und Kinder waren. Das kam zum Teil daher, weil am Bahnhof, wohin die Menge strömte, ein für Getriebene neues Kinematographentheater sich befand. In diese Menschenmenge gerieten die Arbeitswilligen vom Niemandtschacht, wo der Streik ausbrach. Die Anklage behauptet, sie seien mit Hohn, Schimpfen, Anpöckeln und Drohungen empfangen. Beim Weitermarschieren soll mit allerlei Dingen, Steinen, Kieselsteinen usw. geworfen worden sein, verletzt wurde aber niemand. In der Anklageschrift wird mit peinlichster Genauigkeit jeder Stoß und jeder Wurf aufgezählt. Die vom Verband gestellten Ordnungsmänner werden verdächtigt, daß sie zur Erregung der Menge beigetragen hätten. Es wird als Mißhandlung bezeichnet, daß junge Kerlchen gegen Beamte und Arbeitswillige geschuppt wurden usw. Dem Arbeitswilligen, der

gegen seine freilebenden Kameraden den Dolch zog, soll am liebsten mitgeschlagen worden sein. Aber auch er konnte sich nach seiner Wohnung begeben. Mehrere der Angeklagten sollen Stoßschläge gegen ihn geführt haben. Aber den Prozess, der nach den vorangegangenen Streikprozessen aus Mansfeld, bei denen bisher über 42 Monate Gefängnis verhängt worden sind, ungewöhnliches Interesse beansprucht, werden wir berichten.

Der Gemeindevorstand als Schwarze-Listen-Kontrollleur. Vor kurzem berichteten wir, daß die Stieckmaschinenbesitzer in Schreier's Arklin i. B. beschlossen hatten, 16 am Stieckstreik beteiligte gemessene Stiecker innerhalb 3 Jahren in ihre Betriebe nicht mehr einzustellen, bei einer Konventionalstrafe von 200 Mk., welche der Gemeinde zufallen sollen. Das betr. Schriftstück nebst den 16 Namen der ausgesperrten Stiecker wurde dem Gemeindevorstand zur Aufbewahrung übergeben, mit dem Ersuchen, die Einhaltung des Beschlusses zu überwachen. Die Stiecker legten gegen diese absonderliche Auftragserteilung der Unternehmer Beschwerde bei der Amtshauptmannschaft in Auerbach ein. Die Amtshauptmannschaft erteilte hierauf den Bescheid, daß sie den Gemeindevorstand angewiesen habe, das Schriftstück unverzüglich zurückzugeben. Wegen die Einreichung einer Abschrift von der Abmachung der Kontrolle über die ermittelte Geldstrafe, die der Gemeindevorstand zufalle, habe sie aber nichts einzunehmen. Damit wird die Verhängung der schwarzen Liste über 16 rechtschaffene Arbeiter geradezu behördlich sanktioniert. Wenn schon Aufsichtsbehörden sich so leichtem Herzens über bestehende Gesetzesgarantien hinwegsetzen, dann ist es kein Wunder mehr, daß für Unternehmer, Gendarm und Dorfstrat das Koalitionsrecht der Arbeiter Luft ist.

Eine „politische“ Gewerkschaftsversammlung. In Emmertich a. Rhein fand im November 1900 eine Gewerkschaftsversammlung statt mit dem Thema: "Gewerkschaftswahlen". Die Polizei erklarte in der Abhaltung der Versammlung eine Verletzung des § 5 des Reichsvereinsgesetzes und beglückte die Versammlungsleiter mit einem Strafbescheid von 20 Mk. oder 4 Tagen Haft. Hiergegen wurde Einspruch erhoben und richterliche Entscheidung beantragt. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht wurde der Angeklagte freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Aus der Verhandlung sind einige interessante Momente hervorzuheben. Ein Schutzmann bekundete als Zeuge, daß er deshalb zu der Abzweigung gekommen sei, daß die Versammlung politisch sei, weil der Referent aufgefordert habe, bei der Wahl zum Gewerbegericht nur Kandidaten der freien Gewerkschaften zu wählen, außerdem habe der Referent die französischen Bürgermeister für unfähig erklärt, in Arbeiterkreisen das Recht zu sprechen. Der Amtsanwalt, ein Polizeikommissar, erklärte die freien Gewerkschaften für sozialdemokratisch, die überhaupt nur politische Angelegenheiten besprechen. Das Gericht konnte sich aber diesen Auffassungen nicht anschließen. Aber die Strafverfügung ist allein wieder ein netter Beweis für die loyale Handhabung des liberalen Vereinsgesetzes.

Gegen die Vermittlung von Streikbrechern durch das städtische Arbeitsamt. Der Magistrat Augsburg hat, wie schon berichtet, auf Drängen der Unternehmer beschlossen, durch das städtische Arbeitsamt in Zukunft auch Arbeiter nach bestreikten Betrieben zu vermitteln und den Arbeitssuchenden lediglich durch Aushang eines Plakates von dem Streik Kenntnis zu geben. Gegen diese einseitige Stellungnahme der Stadtverwaltung zugunsten der Unternehmer hat nun der Gewerkschaftsverband in Augsburg als Vertreter von 7000 freigeordneten Arbeitern Stellung genommen und eine Resolution angenommen, in der gegen dieses Verhalten des Magistrats protestiert und gefordert wird: Eine Gemeindeverwaltung darf sich nicht, wie dies hier schon wiederholt geschehen ist, nur berufen fühlen, einseitig die Interessen der Arbeitgeber zu vertreten.

Der Achtstundentag in den Kopenhagener Buchdruckereien. Mit dem 1. Januar d. J. ist die tarifliche Einführung des Achtstundentages in den Kopenhagener Buchdruckereien erfolgt. Rund 2000 Buchdrucker partizipieren an dieser gewerkschaftlichen Errungenschaft. Der Minimallohn steigt gleichzeitig um 1 Krone für sämtliche Arbeitergruppen einschließlich der Hilfsarbeiterinnen. Der Akkordpreis wird um 1 Dre pro 1000 Buchstaben erhöht. Die dänische Arbeiterpresse erinnert bei dieser Gelegenheit daran, daß, als die Sozialdemokratie die Forderung des Achtstundentages in Dänemark zum ersten Male erhob, die Arbeitszeit der Buchdrucker 12 bis 14 Stunden täglich betrug. In der Reichstagsdruckerei mußten die unehelich verheirateten Söger in der Druckerei übernachten, und die Arbeit 5 Uhr morgens wieder beginnen zu können. Damals freilich waren die Buchdrucker gut konservativ und bei einem Streit 1876 lehnten sie die Hilfe der organisierten Arbeiterschaft ab. Der Streit endete mit einer vernichtenden Niederlage, aus der die Buchdrucker indes die richtigen Lehren gezogen haben. Schon 1884 schlossen sie sich dem Kopenhagener Gewerkschaftsverband an, und sie gehörten seitdem der Elite der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft des Landes an.

Die Erfolge, die sie auf gewerkschaftlichem Wege errungen haben, haben auch auf die Arbeiter vieler anderer Berufe anspornend gewirkt. Das wird zweifellos auch von ihrer neuesten Errungenschaft, dem Achtstundentag, zu sagen sein.

Die neuen englischen Arbeitsbüros. Am 1. Februar wurden die ersten 80 Arbeitsnachweise auf Grund des schon von uns geschilderten englischen Gesetzes eröffnet. Insgesamt sind etwa 250 solcher "Arbeitsbüros" vorgelesen, die sämtlich besondere Wart- und Engagementsräume enthalten; auch sollen alle durch besondere Telefonleitungen verbunden werden. Dem interlokalen Nachweise wird ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Nachweiseleiter haben deshalb sogar die Ermächtigung, den mittellosen Arbeitssuchenden das Fahrgehalt nach außerhalb vorzutreiben. In allen Orten, wo kein öffentlicher Nachweise besteht, wird die Verbindung mit dem nächsten Bureau durch die Postanstalten aufrecht erhalten. Es ist sicherlich zu erwarten, daß der großartige Plan des Ausbaues des öffentlichen Nachweises, für den die englische Regierung, natürlich nur durch den Druck und Einfluß der Arbeiterpartei auch reichliche Mittel bereitgestellt hat, wesentlich dazu beitragen wird, neben einer immerhin beträchtlichen Linderung der Arbeitslosigkeit insbesondere eine genaue Übersicht und dadurch das Studium des Arbeitsmarktes zu ermöglichen. Diese Arbeitsbüros werden daher auch wohl nicht mit Unrecht als die Vorläufer der staatlichen Arbeitslosen-Unterstützung angesehen.

Die Klassenkampfbilder marschieren. Aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika kommt eine frohe Kunde: in Indianapolis ist die Vereinigung der beiden nordamerikanischen Bergarbeiterverbände, der United Mine Workers und der Western Federation of Miners, vollzogen worden. Schon vor einem Jahre hatte sich die Western Federation für einen Zusammenschluß aller Bergarbeiter ausgesprochen, doch war es damals noch zweifelhaft, ob die gute Absicht der sozialistischen Verleger der W. F. of M. bei den Mitgliedern der U. M. W. Anklang finden werden. Doch haben die Sozialisten in der U. M. W. gute Vorarbeit geleistet. Ihrer unausgesprochenen Agitation gelang es, dieses Jahr in der U. M. W. einen sozialistischen Vizepräsidenten zu erwählen. Auf dem Kongress in Denver schilderte der Abgeordnete der U. M. W., Pages, die vielen Widerstände, die noch in der U. M. W. zu übersteigen wären. Und seinen sozialistischen Genossen in der W. F. of M. rief er damals zu: "Wir Sozialisten der U. M. W., die wir uns stolz als das fortschrittliche Rückgrat des Verbands belennen, wissen, wie stark der Widerstand sein wird, den wir finden werden. Aber wir erwarten von euch, daß euch die erste Ablehnung nicht entmutigen wird, sondern daß ihr so lange an die viefen Mauern des Vorurteils hämmern werdet, bis sie fallen und unsere Vereinigung zur Tatsache wird." Auf dem Kongress der U. M. W., der am 18. Januar in Indianapolis abgehalten wurde, ist nun dieses Vorurteil endgültig beseitigt worden. Außer einem Antrage, einen Aufruf zur Bildung einer unabhängigen Arbeiterpartei an alle Gewerkschaftsverbände zu erlassen, lag noch der von Charles Moyer persönlich vertretene Plan der Verschmelzung mit der W. F. of M. vor. Der Kongress der U. M. W. hat nun mit erfreulicher Einstimmigkeit und Unzweideutigkeit die dargebotene Bruderhand der W. F. of M. ergriffen und den Zusammenschluß der beiden Verbände vollzogen. Eine Resolution in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen und eine besondere Kommission gewählt, die die nötigen Verhandlungen sofort einzuleiten hat. Die neue Organisation wird sofort 400.000 Mitglieder zählen oder etwa 40 Prozent aller Bergarbeiter der Vereinigten Staaten und Kanadas. Moyer betonte unter anderem, daß die Arbeiter sich unbedingt auch um die Vorgänge auf politischem Gebiete kümmern und politisch selbständig sich betätigen müssen, wie das seine Organisation bisher schon tat. Die Zustimmung, die der sozialistische Vertreter der W. F. of M. erhielt, kann als erfreuliches Zeichen angesehen werden, daß die Ideen von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, wie sie Compers und Konforten seit Jahren den amerikanischen Arbeitern eingeblasen haben, träftig dahinschwinden, und daß dafür die Idee des Klassenkampfs marschieren. Der Zusammenschluß wird, da diese Organisation dann auch dem Gewerkschaftsbunde (W. F. of U.) angehört, auf diesen hoffentlich einen merkwürdigen sozialistischen Einfluß ausüben.

Klassenjustiz in Australien. Anlässlich des kürzlich beendeten großen Bergarbeiterstreikes in Australien waren von vielen Verhafteten noch die vier Verbandsleiter in Haft gehalten und vor die Gerichte gestellt worden unter der Anklage der "Verschwörung". Der Verbandsvorsitzende ist nun zu einem Jahre, seine drei Kollegen zu je neun Monaten Zwangsarbeit verurteilt worden. Die sozialistische Presse Australiens erhofft von diesem Schandurteil eine energische Förderung der wirklich unabhängigen Arbeiterbewegung.

Kommunales.

Familienzulagen. Den Stadtverordneten von Santa u ist eine Magistratsvorlage zugegangen bezügl. Gewährung von Familienzulagen an die städtischen Arbeiter von 1 Mk. pro Woche für jedes Kind unter 14 Jahren. Der dafür erforderliche Aufwand wird auf 1000 Mark pro Woche berechnet.

Der Musterpreuze.

Ein Orden, so schreibt Dr. Froch in der "Welt am Montag", ist ein Stück Blech, das mittels eines Bandes, einer Schleife oder einer Öse an der Außenseite eines Menschen befestigt wird. Den rechten Wert eines derartigen Anhängels tagiere ich auf 25 Pfennige bis 3 Mark, wobei ich allerdings bemerke, daß ich weder in Metallwaren noch in Posamenten vereidigter Sachverständiger bin. Vom dekorativen Standpunkte aus finde ich eine Chrysantheme oder Orchidee im Knopfloch hübscher, dafür ist ein Orden aber dauerhafter und sieht, wenn er öfter gepugt wird, stets wie neu aus. Das ist im wesentlichen alles, was ich Bönhaf über die Vorzüge von Ordensdekorationen zu sagen möchte. Ich will keinem sein harmloses Vergnügen vermissen. Aber an die Tugenden und Kräfte, die darüber eine große Menge Erwachsener diesen glühenden und kimmernden Klunkern zuschreiben, kann ich nicht glauben. Ich muß — die 416 neuen Ritter und Inhaber mögen mir's verzeihen — immer, wenn ich von Orden höre, an das berühmte Volta-Kreuz denken, das ja ähnlich wie ein Orden aussieht und auch mit allerhand mystischen Kräften begabt sein soll. Ihm wird nachgerühmt, daß es die Säfte verbessert, Dickel, Harndrang und Diarrhoe vertreibt und den leiblichen Organismus von Grund auf umtrempelt. Es gibt Leute, die haben es ausprobiert und müssen es wissen. Und ähnlich regenerierend müssen Orden auf gewisse geistige Organismen wirken. Aber man muß daran glauben.

Wer sind nun aber die, die daran glauben? Wer sich die Mühe nimmt, die ungeheure Reihe der Dekorierten zu überfliegen, findet rasch heraus, daß die Zugehörigkeit zum Soldaten- und Beamtenstand zur Ordensgläubigkeit ganz besonders disponiert. Es sind zwar auch Industrielle, Künstler, Gelehrte und freimüthige Parlamentarier zulässig, aber das

(Fortsetzung folgt.)

fragen," sagte Sören leicht hingeworfen, indem er aus dem Fenster sah.

"Ja, der König steht über dem Bischof," meinte Njådel, aber müd er auch darauf antworten?"

"Wenn wir die Sache ans Ministerium schicken —"

"Wohin?" fragte Njådel eifrig.

"Ans Ministerium," antwortete Sören, der gut Bescheid zu wissen schien.

"Atermann!" rief Njådel, "das ist der Ort, wo Andreas ist, ich hatte das Wort vergessen. Aber kommt es denn auch zum Könige?"

"Jawohl," erklärte der Atermann, "das ist der Weg zum Könige."

Njådel bedachte sich eine Weile. Der Vorschlag gefiel ihm weiter besser als ein Prozess. Außerdem war Andreas dort; er konnte sich der Sache annehmen; dann ward sie rasch und ein für allemal abgemacht; es war ja sonnenklar, daß er recht bekommen werde.

Sören stellte sich anfangs, als ob er es vorzöge, die Sache dem Gericht zu übergeben; aber nachgiebig wie er war, ließ er sich überreden; zuletzt übernahm er es sogar, alles zu ordnen und die Abfassung und Einfindung des Gesuches zu besorgen.

Aber Du mußt den Rechtsanwält Lofte bezahlen, Njådel."

"Du hast den Streit angefangen, Sören."

"Aber Du ziehst den Graben."

Der Atermann brachte es zuletzt dahin, daß sie übereinkamen, sich in die Kosten zu teilen, und damit ging Sören Bövrig.

Es war später Abend geworden und der Atermann seelte sich, nach Hause zu kommen. Als er fortgefahren war, ging Njådel zum Stall, wo die sechs Kühe kläglich brüllten; sie hatten kein Futter bekommen und waren nicht gemolken worden. Njådel machte sich an die ungewohnte Arbeit und verrichtete sie schlecht genug. Die Tiere konnten ihn nicht, und er war so schwerfällig und ungehört, daß sie nicht ruhig stehen wollten und

ihm den Milcheimer umwarfen. Njådel brummte und half sich, so gut er es vermochte; es ward aber Nacht, ehe er fertig war.

Als er endlich wieder auf dem Hofe stand und sich aufrichtete, nachdem er so lange im Stalle umhergekrochen war, fiel sein Blick auf die See hinaus. Das Wetter hatte sich aufgeklärt und er konnte die dunkle Furche des Grabens dort unten im Sande erkennen. Er freute sich, die Arbeit an seinem lieben Graben mit gutem Gewissen wieder aufnehmen zu können.

Die Antwort des Königs konnte nicht lange ausbleiben, gingen doch so viele Dampfschiffe jetzt an der Küste vorbei; und über das Recht konnte kein Zweifel herrschen.

Er weidete sich an dem Gedanken über Sören Bövrigs Enttäuschung und stellte eine Berechnung darüber an, wie viele Tage es wohl dauern könne, bis die Antwort käme.

Njådel goß die Milch in die Gefäße, wobei er eine entsetzliche Überschwemmung anrichtete. Darauf ging er auf den Boden, steckte den Kopf in Christiänsens Kammer und sah sich um im Halbdunkel. Er schloß die Türe und steckte den Schlüssel zu sich; als er aber die Treppe herabging, welche in dem leeren Hause so eigen knarrte, fielen ihm die Worte Sören Bövrigs ein, daß der Gerechtigkeit Genüge geschehen sei.

Lange lag er, ohne einschlafen zu können. Sein Kopf hatte heute zuviel zu tun gehabt und seine Hände zu wenig. Er vermied das wohlthätige Ziehen in den Gliedern, das er nach angestrengter Arbeit stets fühlte, wenn er sich im Bette ausstreckte; dafür gingen ihm allerlei Gedanken im Kopfe herum, was ihm sonst nicht geschah.

Und Njådel, der sonst mit dem stärksten Gemitter um die Wette schnarzen konnte, ward durch die Sage gestört, die jammernd in der Küche oder oben vor Christiänsens Kammertür umherging.

ganzt bestimmt in geringeren Grade als die erstgenannten Stände. Da Orden als Belohnung für besondere Verdienste gelten, scheinen Soldaten und Beamte heutzutage die Tüchtigkeit in Acht genommen zu haben. Und wie es bei der Ordnungsgeliebe und Disziplin gerade dieser Vorkämpfer nicht anders zu erwarten ist, entfaltet jeder einzelne genau diejenige Summe von Tüchtigkeit, die seinem Dienstatte und Rangverhältnis zukommt: kommandierende Generale, Gesandte und Staatssekretäre können nur mit dem Roten Adlerorden erster Klasse nach Gebühr belohnt werden, während es bei Hauptleuten und Amtsrätern bloß zum Roten Adler vierter Klasse und bei Feldwebeln und Rassenboten zum Allgemeinen Ehrenzeichen reicht. Die Gerechtigkeit ist entschieden lässlich; sie vermeidet peinlich jedes allzu persönliche Moment. Denn eigene Persönlichkeit ist störend. Sie fügt sich nicht in Standesbeschränkungen, sondern verlangt anmaßenderweise rein für sich gewürdigt zu werden. Das kostet Zeit, das kostet Mühe und Hingebung. Wer sollte die auf den einzelnen verwenden, wo doch so viele zu beglücken sind! Und vor allen Dingen: wer ein Kerl ist, der hat seine eigene Meinung. Möglich, daß sie in den Rahmen der heutigen Staatsordnung paßt. Aber die Regel ist das nicht, sondern die Ausnahme. Und vor den Augen der Mächtigen findet kein Verdienst, keine Leistung, keine Tat Gnade, wenn sie nicht von der vorchriftsmäßigen Bestimmung getragen wird. Die ist die Hauptsache. Und zweifelsfrei festzustellen ist sie nur durch eine amtliche Bescheinigung.

Es ist behauptet worden, daß nicht jeder zweite Deutsche einen Orden haben. Das stimmt nicht. Denn die wahrhaft Gutgesinnten sind bereits in der Minorität. Alle anderen aber müssen sich die Hoffnung auf einen Orden für alle Zeit verkneifen; da gibt's nichts zu winkeln. Aber was anderes gibt es; zeigen, daß man was kann. Der erste, dem man das zu zeigen hat, ist man selbst. Dann werden's schließlich auch andere merken. Denn das ist ganz sicher: Wer etwas leistet, dem geht das Bewußtsein seines Wertes, das mit bloßer Gütlichkeit nicht zu tun hat, in das ganze Wesen über. Es zeigt sich in seinem Reden, seinem Auftreten, seinem Handeln, selbst in seinem Gesicht. Man braucht ihn nur anzusehen, dann weiß man, daß er kein Ochse ist. Es ist durch-aus nicht nötig, daß ein Sticket oder ein Blechschild seine Tüchtigkeit anpreist.

Aber die, denen der Ehrgeiz, selbst aus sich etwas zu machen, fehlt, die mögen immerhin Wert darauf legen, von freundlicher Hand mit einer Marke versehen zu werden, die ihnen einen bestimmten Preis gnädigst zumißt. Die bedürfen der Orden, wie sie der Titel bedürfen. Hätten sie die nicht vorzuweisen, dann würde sie ja jeder Einsichtige sofort für ganz ible Vananen halten. Ja, am Ende würde ihnen in stiller Stunde selbst die schmerzliche Einsicht dämmern, daß sie nie einen eigenen Gedanken gehabt, nie ein eigenes Wort gesprochen, nie eine eigene Tat getan haben. Eine Selbstmordexekution wäre die unabwendbare Folge. Denn sie hätten nichts in sich, was sie aufrecht hielt. Alles, vom Gehalt angefangen, beziehen sie von der vorgelegten Instanz; die Wünsche, die Meinungen, die Selbsteinschätzung. Ja, man kann sogar oft lesen, daß Herr Meyer den Charakter als Rechnungsrat oder so was Gütes erhielt; dieser Meyer wechselt also sogar den Charakter auf höheren Befehl! Mehr kann man von einem Menschen unmöglich verlangen. Der Sprachgebrauch tut hier mit erschreckender Deutlichkeit die Wahrheit kund, die keine Satire überbieten kann.

Die Natur ist eine Stümperin. Sie schuf den Menschen nackt und gab ihm nur zwei Arme zur Arbeit und einen Kopf zum Denken mit. Das genügt nicht dazu, ihn vom Affen zu unterscheiden. Andere mußten kommen, um ihn vollkommen zu machen.

Da kam der Standesbeamte und gab ihm einen Geburts-schein.

Dann kam der Pastor und taufte ihn. Dann der Arzt und impfte ihn. Darauf setzte ihm der Schulmeister eine Brille auf. Der Staat steckte ihm eine Uniform. Die Behörde verlieh ihm Amt, Titel und Charakter. Und der Kaiser gibt ihm einen Orden.

Jetzt ist er eigentlich erst fertig, der richtige königlich preussische Mensch. Und wenn ihm, nach seinem Hinscheiden, der liebe Gott ein paar Flügel wachsen läßt, dann wird er ein tadellos schöner königlich preussischer Engel sein.

Aus dem Gerichtssaal.

Militaria. Die Sergeanten Richard Mannigel und Gustav Schreck von der 3. Eskadron des 3. Gardeulansregiments, die am frühen Morgen des 5. Dezember 1909 zwei Offiziere angegriffen hatten und mißhandelt wurden, vom Gericht der 1. Gardebataillon-Division in Potsdam und zwar ersterer wegen tätlichen Angriffs von Vorgelegten, Bedrohung und Mißhandlung in zwei Fällen, eigenmächtiger Annahme des Befehlsrechts und eigenmächtiger Gefangenensbefreiung und Urlaubsüberschreitung zu 4 Jahren Gefängnis und Degradation und Schreck wegen gemeinschaftlicher Mißhandlung und Urlaubsüberschreitung zu 6 Monaten und 2 Tagen Gefängnis und Degradation verurteilt. Die Verhandlung und auch die Begründung des Urteils fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Aus Nah und Fern.

Verbrannt. Nach einer Meldung aus Landsberg a. d. Warthe stürzte in Wieg der besetzte Fleischmeiester Tischer mit einer brennenden Petroleumlampe zu Boden und verbrannte, da er sich nicht erheben konnte.

Mordmord. In Annaberg (Erzgebirge) wurde Sonnabend früh der Uhrmacher Schoene in seinem Laden mit gespaltenem Schädel tot aufgefunden. Der Laden war ausgeräumt. Von dem Täter fehlt jede Spur. Aus Chemnitz wurden sofort mehrere Polizeihunde requiriert.

Raum glaublich. In Neichenbach (Schlesien) wollte das Dienstmädchen eines Kaufmanns wegen erhaltener Mägen des Hungertodes sterben. Es wurde nach vier Tagen gänzlich entkräftet in einem Bodenverschlau aufgefunden und mußte in ärztliche Behandlung gegeben werden.

Schweres Unglück. Aus Liegnitz wird gemeldet: Auf dem Bahnhof Demersdorf wollte eine Frau ihre achtjährige Tochter, die in Gefahr war, von der Rangiermaschine überfahren zu werden, retten. Sie zog dabei ihr einjähriges Kind mit, und alle drei wurden von der Maschine erfaßt. Die Mutter und die älteste Tochter wurden getötet, dem einjährigen Kinde wurde ein Bein abgefahren.

Der Tod zweier Greisinnen. In Görlitz sind zwei 79 und 76 Jahre alte Schwwestern einer Gasvergiftung erlegen. Vermutlich liegt Unvorsichtigkeit vor.

Geschlagen wurde in Beuthen (Oberschlesien) nachts der Schuhmann Heberall. Die Täter hatten es auf einen anderen Schuhmann abgesehen, sie hatten sich in der Person geirrt.

Arbeitermord in Ostelbien. Das Leben eines Landarbeiters gilt in den Augen eines ostelbischen Agrarsiers

nichts. Schon oft sind die Landproletarier bei Streitigkeiten mit ihren „Herren“ von diesen niedergedrückt worden, ohne daß diesen Erhebliches deswegen geschehen wäre; denn fast immer wurde angenommen, daß sie sich in der „Notwehr“ befanden. Und auch dieser Tage ist wieder ein Landarbeiter erschossen worden, und die bürgerliche Presse weiß sofort zu melden, daß sich der agrarische Arbeiter in der Notwehr befand. Auf dem Gut B r o m b e r g bei G r o m b i t z sollen zwei Landarbeiter mit dem Gutsvorwalter Mel Streit gehabt, die Türen zu seiner Wohnung aufgedrungen haben und mit Messern und Knütteln auf ihn eingedrungen sein. Der Gutsvorwalter habe darauf das mit Schrot geladene Gewehr von der Wand gerissen, einen Schreckschuß abgegeben und dann erst, als die Leute nicht von ihm abgelassen haben, habe er auf den einen geschossen und ihn getötet. An dieser Schilderung ist nur das letzte wahr. Zwei Landarbeiter kamen betrunken aus dem Walde. Der Gutsvorwalter stellte sie zur Rede; entließ den einen auf der Stelle, dem andern kündigte er, worauf er in seine Wohnung ging. Die Landarbeiter eilten ihm nach, machten in seiner Stube zwar viel Lärm, aber zu groben Ausschreitungen ließen sie sich nicht hinreißen. Der Gutsvorwalter hat auch nicht die geringste Verletzung erhalten. Mit Messern waren die Leute nicht bewaffnet. Trotzdem ritz der Gutsvorwalter das Gewehr von der Wand und gab — ohne einen Schreckschuß abzugeben — auf den einen, den Kämmerer S c h w e d e, zwei Schüsse ab, von denen der eine dem Manne den Arm verletzete, der andere die Lunge traf und tödlich wirkte. Jetzt mußte der Gutsvorwalter auch aus der Stube zu seinem Nachbar flüchten. Die Leiche des erschossenen Kämmerers wies nicht weniger als 50 Schrotförner auf. Der Getötete wird als ein arbeitsamer, friedfertiger Mensch geschildert. Er hinterläßt eine Witwe mit fünf unermöglichten Kindern, wovon das jüngste am Tage des Mordes am Vater getauft wurde. Der Mörder befindet sich in Freiheit und wird vielleicht gar nicht angeklagt werden, da ebenso wie die bürgerliche Presse auch der Staatsanwalt annehmen kann, daß er sich in „Notwehr“ befand und diese zwar aus „Furcht und Schrecken“ überschritten hat, aber deshalb nicht zu bestrafen ist. In mehreren früheren Fällen ist so entschieden worden. Wenn die Gutsvorwalter ihre Arbeiter halb zu Tode prügeln, kommt es schließlich doch noch vor, daß hier und da ein Agrarier zu einer — Geldstrafe verurteilt wird, steht aber ein Junker vor seinen auf der Geschworenenbank sitzenden Junkerengenossen, dann kann er sicher auf Freisprechung rechnen. Rechtszustände in Ostelbien!

Im Schlamm erstickt. In der Nähe von D u l s b u r g brach beim Überschreiten eines Wassergrabens ein Bergmann ein. Ein anderer Bergmann eilte ihm zu Hilfe, beide versanken indes vollständig im Schlamm und erstickten. Die Leichen konnten geborgen werden.

Schreckensstat eines Freisinnigen. Aus Halle a. S. wird gemeldet: Der unlästige aus einer Nervenheilanstalt entlassene Bäckermeister Ackermann erschoss Montag früh seine Frau, seinen zwölfjährigen Sohn und sich selbst.

Ein folgenschwerer Eisenbahn-Unfall ereignete sich am Sonntagabend unweit des Bahnhofs Köln-Rödenkirchen, wo der von Bonn 10 Uhr 30 Min. abgefahrene Schnellzug der Rheinuferbahn in voller Fahrt auf einen Güterzug stieß. Der Vorderteil des ersten Wagens wurde zertrümmert; der Führer des Schnellzugs schwer verletzt, sodas er einem Hospital überwiesen werden mußte. Von den Passagieren der dichtbestetzten Waggons wurden insgesamt zehn Personen leicht verletzt. Die erste Hilfeleistung brachte eine Sanitätskolonne sowie ein an der Unfallstelle befindlicher Arzt, der einige bedeutendere Verletzte ins Hospital schaffen ließ. Das Unglück ist durch Verlagen einer Weiche verursacht.

Die Pfändung auf dem Eise. Über eine lustige eigenmächtige Pfändung wird der Linger „Tagespost“ aus B u d w e i s geschrieben: Nur in Strümpfen auf dem Eise stehen zu müssen, ist gewiß kein Vergnügen. Davon mußte sich dieser Tage auch ein Mann in Gutwasser überzeugen. Er hatte die Eisgewinnung auf dem dortigen Teiche übernommen und spazierte auf dem zugefrorenen Teiche in einem Paar neuer schöner Röhrenstiefel stolz einher, die mit der Eisgewinnung beschäftigten Arbeiter beaufsichtigend. In der Sorge um das Eis hatte der gute Mann vergessen, die Stiefel zu berappen. Möglich stattete der Schuhmacher, der sein Geld nicht erhalten konnte, dem Vergesslichen auf dem Eise einen Besuch ab. Zwischen Schuldner und Gläubiger erfolgte ein Meinungsaustrausch, in dessen Verlauf der Schuldner dem Schuster die Worte zurief: „Nimm dir die Stiefel, wenn du kannst!“ Mehr zu sagen hatte er auch nicht Gelegenheit, denn der Schuhmacher hatte ihn rascher, als er es ahnen konnte, aufs Eis gesetzt und ihm die Stiefel von den Füßen gezogen. Er marschierte triumphierend heimwärts.

Ein Messerstecher. In R o t t e r d a m erhielt ein 13-jähriges Mädchen von einem alten Mann einen Stoß gegen die Brust, sodas das Kind stürzte. Als das Mädchen auflebte, daß es blutete, lief es nach Hause, wo man entdeckte, daß dem Kinde in die Herzgegend ein Messer erstichtet worden war. Die Verletzte konnte vorläufig noch nicht vernommen werden; der Täter verschwand unerkannt.

Neues Schwasser. Aus Paris wird gemeldet: Die Loire und ihre Nebenflüsse sind infolge Schneeschmelze und starker Regengüsse aus dem Ufern getreten. Mehrere Ortschaften sind bereits vom Hochwasser umgeben und können sich nur mit Mühe verproviantieren. — „Petit Parisien“ zufolge beträgt die Zahl der durch die Überschwemmung beschäftigungslos gewordenen Arbeiter 110 000, wovon 25 000 auf Paris, 85 000 auf die Departements Seine, Seine et Marne und Seine et Oise entfallen.

Björnson im Sterben. Nach Depeschen aus Paris hat der T o d e s k a m p f B j ö r n s o n s gestern früh begonnen. Der norwegische Gesandte in Paris hat sich mit seiner Gemahlin im Hotel des Dichters eingefunden. Das norwegische Panzerschiff „Lordenstjöld“ hat von der norwegischen Regierung Ordre erhalten, nach Frankreich abzugehen, um, sobald die Nachricht vom Tode Björnsons eintrifft, die Leiche Björnsons nach Norwegen zu überführen.

Bei den Eskimos. In einem neuen Abschnitt des Berichtes über die Eroberung des Nordpols, den Peary im „Corriere della Sera“ veröffentlicht, gibt der amerikanische Polarfahrer eine breit angelegte Schilderung der Eskimos und ihrer Lebenssitzen. Ohne diese „anarchistischen Philosophen des Nordens“, so gesteht Peary selbst, wäre ihm nie der Erfolg beschieden gewesen, der ihn als ersten Menschen zum nördlichsten Punkt der Erde führte. Peary schildert diese seine Kämpfe und Leidensgenossen als ein Volk ungläublich unwilliger, doch intelligenter Kinder; als Kinder muß man sie behandeln, mit liebevollem Verstehen, aber auch mit der nötigen Festigkeit. Nie wird ein Eskimo eine ihm zugefügte Ungerechtigkeit vergessen, und nie vergeht er ein gebrochenes Versprechen. Doch dem, der ihnen als treuer, zuverlässiger Freund gegenübertritt, vertrauen sie wie ihresgleichen, und in ihrer Treue folgen sie ihm willig bis in den Tod. Sehr interessant sind die Mitteilungen, die Peary über das Schweben der Eskimos macht. Die Probe he ist bei

ihnen alter Brauch und Sitte. Wenn ein junger Eskimo und ein Eskimomädchen nicht zusammen passen, so gehen sie einfach neue Ehen ein, und dies wird solange fortgesetzt, bis die passenden Partner einander gefunden haben. Aber dann wird die Ehe unauflöslich. Die Körperkraft entscheidet zwischen zwei Rivalen, die beiden Gegner messen sich im Ringkampf oder schlagen sich gegenseitig solange auf den linken Arm, bis einer nachgibt. Mit der Entscheidung aber ist dann auch die Ursache des Kampfes vergessen; der Stärkere hat geseigt, das ist nun in Ordnung, und die beiden Gegner bleiben fortan die besten Freunde. Diese Anerkennung des Rechtes der Stärke geht sogar so weit, daß ein Eskimo das Weib eines andern verlangen kann mit der einfachsten Begründung: Ich bin der Stärkere. Dann messen die Männer ihre Kraft, der Gatte beweist entweder, daß er dem Gegner überlegen ist, oder er gibt die Frau heraus. Der Mann, der seines Weibes müde ist, bedarf keiner großen Umstände, um sich ihrer zu entledigen; die unsichere Erklärung, daß von nun ab im Hause für sie kein Raum mehr sei, genügt, um die Frau zu veranlassen, das Heim ihres Gatten zu verlassen. Wenn sie es dann nicht vorzieht, zu einem anderen Manne zu gehen und ihm mitzuteilen, daß sie frei ist, dann kehrt sie in das Haus der Eltern oder der Brüder zurück. Niemals nimmt sie den Namen ihres Gatten an; selbst für die Kinder hat die Mutter nur ihren Mädchennamen, Worte, die unserem „Vater“ oder „Mutter“ entsprechen, kennt der Eskimo nicht; die Kinder sprechen ihre Eltern nicht anders als mit deren Rufnamen an. Merkwürdig sind die Gebräuche, mit denen die „Philosophen des Nordens“ ihre Toten zur Ruhe beistatten. Das Jenkseite ist in der Vorstellung des Eskimos durchaus materieller Natur. Der Tote nimmt seinen Schlitten mit ins Jenkseite. Der Leichnam wird mit allen Verträgen ausgerüstet, die zum Leben notwendig sind, und am Grabe eröffnet man die Lieblingshunde des Verstorbenen, auf daß sie im Jenkseite den Schlitten des Toten getreulich über die ewigen Schneefelder ziehen mögen, wie sie das auch auf Erden getan. In früheren Jahren, so berichtet Peary, wurde am Grabe der Mutter, wenn die Verstorbene einen Säugling hinterlassen hatte, auch das Kind erdrosselt; aber ich habe versucht, diesen grauenvollen Brauch zu bekämpfen, und während meiner zwei letzten Expeditionen ist kein Säugling mehr erdrosselt worden. Peary schließt die Schilderung seiner arktischen Freunde mit dem Wunsche, daß man nie versuchen möge, die Eskimos zur Zivilisation zu befehren, denn das hieße die Zerstörung ihres brüderlichen Kommunismus, der allein bisher die Rasse vor dem Untergang bewahrt hat.

Genossenschaftsbewegung.

Bäcker- und Schlächtergewerbe vor dem Ruin durch die Konsumvereine. Ein gewisser Eckert, der seiner Schriftstellerei nach ein hervorragender Konsumtionsrat zu sein scheint, gibt in Essen ein Blatt heraus: „Der Brotfabrikant“. In der Nummer 2 dieses Blattes befindet sich nun ein Artikel, in dem Bäckern und Schlächtern der baldige Ruin angekündigt wird, hervorgerufen durch die Bäckereien und Schlächtereien die Konsumvereine. Herr Eckert stellt nämlich fest, daß Ende 1908 von Konsumvereinen des Zentralverbandes 165 Bäckereien und 24 Schlächtereien betrieben wurden, wozu noch etwa 70 Bäckereien solcher Genossenschaften kamen, die dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine nicht angeschlossen sind. Diese Zahlen erpressen dem Herrn Eckert folgenden Verzweiflungsschrei:

Der Zuwachs bei den Konsumvereinen des Zentralverbandes beträgt für den Zeitraum der zwei Jahre 1906 bis 1908 für die Bäckereien rund 25 Prozent, für die Schlächtereien rund 14 Prozent.

Die Fortsetzung dieser Zahlen bedeutet nichts mehr und nichts weniger als die totale Vernichtung des Bäcker- und Schlächtergewerbes.

Wer eine solche Fortsetzung nicht wünscht, der wird beizellen darauf sinnen müssen, wie ihr zu entgehen ist, wie hier beizellen Halt geblieben wird. Mit kleinen Mitteln wird man hier nicht auskommen. Nur das totale Verbot durch Gesetz, daß Konsumvereine keine (!) Eigenproduktion treiben dürfen, wird hier hinreichend vorbeugen können.

Dann allein bedeutet die Fortsetzung der angeführten Zahlen nicht die Vernichtung zweier so blühender Gewerbe, wie sie das Bäcker- und Fleischergewerbe sind.

Nach der Betriebs- und Gewerbezahl von 1907 bestanden in Deutschland 119 499 Bäckereien und 108 682 Schlächtereien. Bis diese alle durch die Konsumvereine verdrängt sind, wird wohl noch eine schöne Zeit vergehen. Aber Herr Eckert ist ein kluger Mann, und „der kluge Mann baut vor“. Seine Forderung des Verbotes der Konsumvereinsbäckereien und -schlächtereien hat übrigens nichts mit Mittelstand zu tun. Wenn wirklich die Gefährdung des Herrn Eckert gewünschte Verbot ausgesprochen, hätten den Vorteil davon nicht die Kleinbäcker, sondern die Brotfabrikanten. Nur in deren Interesse sollen nach Herrn Eckert die Selbsthilfebestrebungen der Konsumenten erdichtet werden, sein Blatt steht ja im Dienste der kapitalistischen Brot-, Fleisch- und Kaffeeindustrie.

Die Verteilung der Konsumvereine in einem Lehrbuch für Mittelschulen in Österreich. In einem Lehrbuch für österreichische Mittelschulen, das 1909 unter dem Titel „Österreichische Bürgerkunde“ erschienen ist, herausgegeben von Dr. Schilder, werden die Konsumvereine als die wichtigste Genossenschaftskategorie bezeichnet und ihr Wesen und ihre Bedeutung in folgender Weise geschildert:

Eine um so großartigerer Entwicklung nimmt dagegen die einzige der städtischen Genossenschaften für kleine Leute, der die unter städtisch-industriellen Verhältnissen einzig mögliche gesunde wirtschaftliche Grundlage der Verzählung zur Verfügung steht. . . . Hierbei kommt den Konsumvereinen das schon bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften erwähnte Hilfsmittel der Bildung von Verbänden der Genossenschaften ganz besonders zugute. . . . (Nun werden die Leistungen der Großeinkaufsgesellschaften aufgezählt mit ihrer kolossalen Eigenproduktion.) Auf diese Weise entstehen in jedem größeren Staate Hunderttausende und Millionen gewissermaßen riesenhafter Betriebe, die an Größe schließlich den bedeutendsten Handelsgeschäften und Industriewerken der reichsten Privatmänner und Aktien-gesellschaften vergleichbar werden. Die Vorteile, welche die große Masse der auf kleine, wenn auch ziemlich gleichmäßige Einkünfte angewiesene Bevölkerung, also insbesondere Lohnarbeiter, private und öffentliche Beamte, usw. aus den Konsumvereinen ziehen, sind so augenscheinlich, daß sich auch die Kleinbäcker nicht selten entschlossen haben, sich durch Errichtung von Genossenschaften für den Bezug der von ihnen benötigten Waren zuzuwenden.

Deutsche Lehrbuchverfasser — auch für Volksschulen — könnten sich die Österreicher zum Vorbild nehmen.

